

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Dienstag, den 3. März 1914.

21. Jahrg.

## Die rote Woche Deutschlands

vom 8. bis 15. März 1914 muß eine gewaltige Antwort sein auf alle wirtschaftlichen und politischen Gewalttaten der Feinde des Volkes.

Jeder Abonnent werbe einen neuen Leser!  
Jeder Genosse ein neues Parteimitglied!

Hierzu eine Beilage.

### Kasernentragödien.

Unaufhörlich ertönen die Lobgesänge auf unser herrliches „Kassheer“. Die Ehre, des Königs Rod zu tragen, kann nicht laut genug gerühmt werden. Fast scheint es, als wolle man mit den Neußerungen lauter Begeisterung den Schmerzensschrei verzweifelter Menschen ersticken, der immer wieder aus dem Dunkel der deutschen Kasernen ertönt. Denn die erschreckend hohe Zahl der Soldatenselbstmorde, der Desertionen und der Selbstverstümmelungsversuche steht wahrlich nicht im Einklang mit den Lobeshymnen auf die Trefflichkeit unserer Heeresorganisation.

Erst kürzlich haben sich zwei Tragödien ereignet, die wie ein Blitzlicht hineinleuchten in die finsternen Winkel der Kasernenwelt. Zwei Tragödien, die keine Ausnahmeerscheinungen, sondern nur typisch für viele andere sind. In Meß, jener Hochburg der „Grenzwacht gegen den Erbfeind“, haben sie sich abgespielt. Die bürgerliche Presse, die in diesen Tagen gewissenhaft und ausführlich das Abheben des Gouverneurs von Meß registriert hat, ist an diesen Tragödien stillschweigend vorbeigegangen. Erst durch die sozialdemokratische Presse konnten sie der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Es handelt sich dabei nach einem ausführlichen Bericht unseres Bochumer Parteiblattes um folgendes:

Der Sohn des Bergarbeiters Emmeluth aus dem Dorfe Gerthe bei Bochum war im Herbst vorigen Jahres zum Dragonerregiment Nr. 9 in Meß eingezogen worden. Hier wird er bei der 5. Eskadron die üblichen Rekrutenverfahren gemacht haben. In einem Briefe an einen Freund schreibt er, daß „im Dienst manchmal etwas gefällig sei, was sich manch einer vorher nicht träumen läßt“. Immerhin scheint er sein Los noch einigermaßen erträglich gefunden zu haben, denn in einem Briefe an seine Eltern hofft er, Ostern in Urlaub kommen zu können.

Zwei Tage nach diesem Brief, vom 17. Februar ab, erhielt der Vater des Dragoners eine Reihe von Mitteilungen, aus denen hervorging, daß sein Sohn nicht mehr unter den Lebenden weile. Ueber die Todesart des kräftigen jungen Mannes aber schwebt ein geheimnisvoller Dunkel. Die dem Vater zugegangenen Mitteilungen sind für unsere deutsche Kasernenkultur überaus charakteristisch. Sie lauten:

Erstes Telegramm.

Meß, 17. 2., 11,10 Uhr abends. Sohn heute abend schwer verwundet.

5. Eskadron, Dragonerregiment 9.

Auf telegraphische Anfrage nach dem Befinden seines Sohnes erhielt der Vater ein

zweites Telegramm.

Meß, 18. 2., 5,25 Uhr nachmittags. Sohn gestern abend verstorben.

Müller, Wachtmeister.

Bald folgte das

dritte Telegramm.

Meß, 18. 2., 9,30 nachm. Die Eskadron bittet dringend um Nachricht, ob Ihr Sohn auf Staatskosten nach dort überführt werden soll, oder ob die Beerdigung hier stattfinden soll.

Müller, Wachtmeister.

Auf die Anweisung der Eltern, die Leiche in die Heimat zu senden, erhielten sie das

vierte Telegramm.

Meß, 19. 2., 5,50 Uhr nachm. Ueberführung hier Sonnabend 3 Uhr.

Lazarett.

Kurz danach kam ein

fünftes Telegramm.

Meß (Devant-les-Ponts), 19. 2., 7 Uhr nachm. Eskadron erbittet dringend Nachricht, ob die Ueberführung Ihres Sohnes, trotzdem er sich selbst das Leben genommen, stattfinden soll.

Müller, Wachtmeister.

Hier tritt zum erstenmal die Behauptung von dem Selbstmorde auf, die dann nochmals unterstrichen wird in dem folgenden

Brief des Wachtmeisters Müller.

Meß, 19. 2. 14. Wie Ihnen schon telegraphisch mitgeteilt worden ist, ist Ihr Sohn bereits am 17. abends ver-

storben. Leider muß ich Ihnen die Mitteilung machen, daß Ihr Sohn nicht verunglückt ist, sondern sich durch Erhängen das Leben genommen hat. Als Grund kann dafür Streit mit anderen Kameraden angenommen werden. Die Leiche wird wahrscheinlich Freitag nach der Bahn überführt werden. Ihr Sohn war ein ganz tüchtiger und guter Soldat und stand im Rufe seiner Vorgesetzten gut angesehen zu sein.

Der Vater ist nach Meß gefahren, um möglichst Aufklärung über die Ursache des Todes seines Sohnes zu erlangen. Dabei hat er die Ueberzeugung erlangt, daß der junge Soldat im Stalle schwer mißhandelt worden ist.

Nach den Erkundigungen des Vaters hat sich etwa folgendes abgespielt:

Dienstag, den 17. Februar, abends, war nochmals Appell angelegt, wobei alle gesund zur Stelle waren. Nach dem Appell mußten Emmeluth und noch ein anderer Rekrut ihre Karabiner aus dem Stall holen, die sie dort stehen gelassen hatten. Nach der Aussage, die der andere in Gegenwart eines Wächtermeisters gemacht hat, ging er zuerst in den Stall und wurde dort verprügelt, dann ließ man ihn wieder laufen. Inzwischen kam auch Emmeluth in den Stall, auf den nun auch die Jagd unternommen wurde, bis er schließlich nicht mehr laufen konnte. Dann wurde kommandiert: Emmeluth abtreten! Der andere bestätigt, daß Emmeluth mit einem Weisensattel und einem anderen Gegenstande geschlagen wurde.

Der andere Rekrut hatte den Wachtmeister von der Mißhandlung in Kenntnis gesetzt. Als dann nachgesehen wurde, fand man Emmeluth auf dem Abort in einem Riemen hängend auf.

Nach der Aussage des Oberstaatsarztes wurden während mehr als zwei Stunden Wiederbelebungsversuche angestellt — leider vergeblich. Ueber die Todesursache selbst wußte auch der Oberstaatsanwalt dem Vater keine Angaben zu machen.

Die Leiche zeigte am Montagvormittag keine Merkmale des Erhängens. Wohl aber zeigten sich am Körper Spuren heftiger Mißhandlungen. An der linken Seite, in der Gegend der Hüfte befanden sich handgroße, stark blutunterlaufene Flecken, ebenfalls in der Herzgegend, die nur von mit großer Wucht und einem harten Gegenstand ausgeführten Schlägen herrühren können. Auch an den Gesichtsstellen zeigten sich Spuren schwerer Schläge und Tritte.

Für die Tatsache, daß man die Leiche in einem Riemen hängend im Abort gefunden hat, äußert der Vater die Vermutung, daß seine Feiniger, als sie die Folgen ihrer Roheiten sahen, den Leichnam in den Abort geschleppt und dort in den Riemen gefängt haben, um den Anschein des Selbstmordes zu erwecken.

Infolge der eingeleiteten Untersuchung sind drei Mann in Haft genommen worden. Näheres aus der Untersuchung ist dem Vater nicht bekannt.

Die zweite Tragödie stellt sich als ein Unteroffizierselbstmord beim feudalen „Königsinfanterieregiment“ Nr. 145, gleichfalls in Meß, dar. Sie zeigt, daß der Chargierte, der sich nicht zu einem harten Werkzeuge der großen Drillmassen hergibt, erbarmungslos unter die Räder kommt.

Der Unteroffizier R., Sohn eines Schneidermeisters in Breiholz in Schleswig, war mit Leib und Seele Soldat. Nach Besuch der Unteroffizierschule hatte er drei Jahre Frontdienst bei dem Regiment getan, dessen Chef der Kaiser ist. Im Januar dieses Jahres setzte er selbst seinem Leben durch eine Kugel ein Ziel. Ueber die Gründe für die Verzweiflungstat gibt der nachstehende Abschiedsbrief an seine Eltern Aufschluß:

Montigny, den 6. 1. 14.

Meine lieben Eltern!

Wenn Ihr diese wenigen Zeilen erhalten habt, weile ich nicht mehr unter den Lebenden, eine Kugel hat meinem qualvollen Leben ein Ende gemacht. Ich habe Euch nicht die Wahrheit gesagt; wenn ich gesagt habe, es geht mir gut, so habe ich es getan, damit Ihr Euch keine Sorgen um mich machen sollt. Es ist nicht mehr zum Aushalten. Der Hauptmann sitzt immer auf mir und ist ihm nichts gut zu machen. So hat er mich heute mit drei Tagen bestraft, weil ein Mann meiner Korporalschaft mit zerrissenem Hode erkrankt ist, und so ist es immer; wegen der geringsten

Kleinigkeiten macht er mich runter. Ich fühle es, daß er mich soweit bringt, daß ich zum Verbrecher an ihm werde, denn bei einer Gelegenheit würde ich mich zu einer unüberlegten Tat hinreißen lassen. Ich habe mir alles reiflich überlegt, mir bleibt kein anderer Weg offen. Möge Euch der Gedanke trösten, daß ich jetzt besser aufgehoben bin, denn in meinem Innern ist Friede, und Gott wird mir mein Handeln verzeihen. Wer weiß, wie es unter diesen Umständen mit mir geendet hätte. Ich bliebe ja noch ganz bei Euch, aber ich kann nicht anders. Weinet nicht, liebe Eltern, denn mir wird es jetzt wohlher. Ihr müßt jetzt nach Lina, Berta und Marie schreiben, meine Zeit eilt.

So lebt denn alle ewig wohl und seid alle zum letztenmal herzlich begrüßt von Euerem unglücklichen Sohn und Bruder, der mes jetzt besser gehen wird. Ich umarme Euch in Gedanken nochmals. Dort oben sehen wir uns wieder!

Hans Ferdinand.

Das sind die Abschlüsse zweier Menschenjohde in deutschen Kasernen. Viel ähnliche sind ihnen vorausgegangen, manche werden ihnen nachfolgen. Denn am „Lebensner“ unseres Staatslebens darf ja nicht gerüttelt werden, das ist das Glaubensbekenntnis unserer herrschenden Klassen, und das Bürgertum beugt sich demütig unter der brutalen Faust des Militarismus. Wir aber sagen, ein Militärsystem, unter dem alljährlich 300 bis 400 junge Menschen in der Volkstafel ihrer Jugend ihrem Leben freiwillig ein Ende machen, unter dem jährlich Tausende desertieren, um in der Fremde ein freud- und friedloses Dasein zu führen, unter dem die Soldatenschiebereien in all ihren brutalen Spielarten zu einer unausrottbaren Gewohnheit geworden sind, ist trotz allen Tiraden des nationalen Pharisäertums weit entfernt von dem Ideal eines Volkes in Waffen. Nur die Arbeiterklasse kann mit ihrem Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung dieses Ideal verwirklichen.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Postetat.

Die Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz hat bei Reichstag nicht erst in erster Lesung beraten, sondern alsbald der Budgetkommission zur eingehenderen Betrachtung überwiesen. So konnte gestern mit der zweiten Lesung des Postetats begonnen werden, ohne daß jedoch die Fragen, die in der Besoldungsordnung getroffen sind, zur Besprechung gelangen durften.

Die Generaldebatte wurde von unserem Genossen Ebert eingeleitet, der an den Beginn seiner Ausführungen den Satz stellte, daß das ganze Postwesen nicht nach rein fiskalischen Momenten geleitet werden dürfe, vielmehr als ein Instrument zur Durchführung und Verbesserung des Verkehrs. Die Überschüsse sollen in mäßigen Grenzen gehalten und soweit sie vorhanden sind, zum Ausbau des Verkehrs sowie zugunsten der Angestellten Verwertung finden. Es war unserem Redner ein leichtes, unter Einführung zahlreicher Einzelheiten den Beweis zu führen, daß diesen Forderungen die heutige Verwaltung der Reichspost in keiner Weise entspricht. In präziser schlagender Beweisführung ließ Genosse Ebert die Argumente wirken, die er dem Betrieb der Post selbst entnommen hatte. In vorzüglicher Beherrschung des großen Gebietes beleuchtete er dann einzelne Seiten der Posteinrichtungen und des Postverkehrs, und gab wertvolle Anregungen. Auch die Zaberger Affäre spielte in seine Rede hinein, da der famose Oberst v. Reuter gegen die Beamten des Zaberger Postamts die schwersten Anschuldigungen zu Unrecht erhoben hatte, ohne daß der Staatssekretär des Reichspostamts für seine Beamten mit der Energie eingetreten wäre, die er sonst gern gegen sozialdemokratische Angriffe kundgibt. Es handelte sich freilich um den ruhmvollen Herrn v. Reuter, und Ebert konnte zeigen, wie überaus geduldig, um nicht zu sagen, ergeben der Staatssekretär das Benehmen des Obersten ertragen hat. Dagegen wehrte sich alsbald Herr Kränke, nachdem unser Redner geschlossen hatte. Allein, der Herr, dem sonst bei jedem Angriff gleich das Blut zu Kopf steigt, mußte begrifflicherweise mit einer stillen Wehmut den vergeblichen Versuch der Verteidigung unternehmen.

Der Zentrumstredner Macken beipruch eine Reihe von Einzelfragen. Im grohen und ganzen ist er mit Herrn Krätke Verwaltung höchst einverstanden. Er findet allerdings einiges an dem Postfachgesetz auszusetzen, und seine stillliche Keilheit wird durch den Gedanken an den Schiffverkehr durch postlagernde Briefe etwas gekränkt. Nachdem Herr Krätke die Schwierigkeit auseinandergesetzt hatte, die eine Regelung nach dem Herzen des Herrn Macken finden würde, ergriff der Nationalliberale Beck zu einer längeren Rede das Wort, indem er vor allem das Recht der Beamten auf die Einberufung von Vorkursen an den Reichstag betonte gegenüber den Versuchen der Reichspostverwaltung, dieses Recht einzuschränken. Dem konservativen Herrn Dr. Dertel ging selbst das noch zu weit, und er wollte allerhand Grenzen finden für das Vorkursrecht der Beamten. Im übrigen versuchte er vergeblich, mit seinen üblichen Witzigen Erfolg zu haben. Am Schlusse der Sitzung nahm der Staatssekretär, der gestern besonders redselig war, noch einmal das Wort. Er sprach wieder über allerhand einzelne Betriebsfragen, und zeigte gegenüber den Bedenken des Herrn Dr. Dertel, daß unter Umständen auch Frauen in Postbetrieben die Stellung von Vorgesetzten einnehmen können.

Die Debatte nimmt heute ihren Fortgang.

### Das preussische Kommunalabgabengesetz.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Montag die erste Lesung des Kommunalabgabengesetzes. Nach einigen einführenden Worten des Ministers des Innern, die sich im wesentlichen auf die dem Entwurf beigegebene Begründung bezogen, beantragte der konservative Abg. v. Jacobl die Überweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Diesem Antrage schlossen sich die Redner aller Parteien an. Im großen Ganzen begegnete der Entwurf allgemeiner Sympathie, doch wurde an Einzelheiten scharfe Kritik geübt. Besonders strittig ist die Frage der Besteuerung des unbebauten Grund und Bodens. Hier will die Regierung die Steuerhoheit der Gemeinden einschränken und ihnen die Pflicht auferlegen, den unbebauten Grund und Boden, soweit er dauernd landwirtschaftlichen Zwecken dient, zur Ertragssteuer heranzuziehen. Widerspruch gegen diese Bestimmung erhob nur Genosse Hirsch, der darauf hinwies, daß es sich hierbei um ein Geschenk an die Agrarier handele und daß in den Großstädten dadurch der Spekulation Tür und Tor geöffnet werde. Des weiteren behauptete unser Redner, daß den Städten keine neuen Einnahmequellen erschlossen werden sollen, er verlangte die Kapitalsteuer, Erhebung von Zuschlägen zur Ergänzungssteuer und auf der anderen Seite Freilassung der geringeren Einkommen, Beseitigung der indirekten Steuern, besonders der Luftparksteuer- und der Schankkonzessionssteuer.

In der Debatte wurden noch vielfach die Ursachen der Finanzkalamität der Städte gestreift. Während von einigen Rednern der Vorwurf zu geringer Sparsamkeit gemacht wurde, wies der Finanzminister nach, daß der wachsende Finanzbedarf dadurch hervorgerufen sei, daß den Städten immer neue Aufgaben erwachsen. Auf einen ähnlichen Standpunkt stellte sich auch Gen. Hirsch, der betonte, daß einmal die Städte Ausgaben auf dem Gebiete des Polizeiwesens und der Provinzialabgaben haben, auf deren Höhe sie ohne jeden Einfluß sind. Weiter würden ihre Etats belastet durch die Folgen der mangelnden Sozialpolitik im Reich und im Staat. Es sei also kein Wunder, wenn sich die Städte in einer dauernden Finanznot befinden. — Die Debatte wird Dienstag fortgesetzt.

### Der Kolonialetat.

Die Erledigung des Etats für Ostafrika führte am Sonnabend in der Budgetkommission zunächst zu einer kleinen Baumwoll-Debatte. Zur Unterstützung von Baumwollkulturversuchen sind 266 000 Mk. (66 000 Mk. mehr) eingestellt, die in der Hauptsache zur Belehrung und Unterweisung der Eingeborenen, Anlegung von Mutterpflanzungen und Verteilung von Samen verwendet werden sollen. Genosse Krätzig erklärte, daß die Sozialdemokraten für diesen Titel stimmen würden, nicht aber für die Bewilligung der im Etat des Kolonialamts vorgesehenen 150 000 Mk., die zur Unterstützung der kolonialwirtschaftlichen Komitees und zur Ausbildung von Sachverständigen bestimmt sein sollen, gegen deren Verwendung Bedenken zu erheben seien. In dem Abg. Schwarze (Ztr.) fand die Regierung einen Verteidiger ihres Standpunktes und die genannte Erwerbsgesellschaft einen Anwalt ihrer Interessen. Symbolisch folgte auch hier der Kulturarbeit das Majingengewehr. Im Etat für Ostafrika sind 12 000 Mk. eingestellt, um weitere Eingeborenen-Distrikte mit diesen Nordinstrumenten zu beglücken. Auch diese Bewilligung hielt Abg. Schwarze (Ztr.) für eine kulturpolitische Notwendigkeit.

Gegen die Ausgabe von 100 000 Mk. als erste Rate für Eisenbahnerkündungen wandten sich die Abgg. Erzberger (Ztr.) und Ledebour (Soz.), weil dadurch neue Anreize zu Bahnbauten für Interessenten gegeben und eine wahre Bahnrausch entzündet werde. Abg. Schwarze (Ztr.) war wiederum anderer Meinung; mit den Vertretern der Volkspartei, der Konservativen und der Nationalliberalen schlug er sich auf die Seite der Regierung. Das kolonialwirtschaftliche Komitee hat sich über ungenügende Vertretung seiner Interessen durch Mitglieder der Kommission nicht zu beklagen.

Eine längere Debatte rief die im Etat geforderte Zahlung eines Zuschusses an die Deutsche Holzgesellschaft in Ostafrika hervor, die wegen geschäftlicher Schwierigkeiten den Betrieb der Sigibahn nicht aufrecht erhalten kann. Genosse Krätzig und Abg. Erzberger (Ztr.) beantragten Ablehnung wegen der unabsehbaren Konsequenzen für das Reich. Mit viel Geschäftigkeit bemühten sich die Abgg. Paasche (Ntl.), Brauband (Sp.), Reitz (A.) und Schwarze (Ztr.) Verständnis für die Sorgen und Wünsche der vertriebenen kapitalistischen Grundbesitzer zu erwecken, hatten damit aber kein Glück. Da die Kolonialverwaltung an der Erhaltung der Bahn interessiert ist, wurde ihr durch Erweiterung des Dispositionsfonds ein außerordentlicher Etat für den eventuellen Erwerb der Bahn freie Hand gelassen.

Obwohl nur noch wenige Minuten für die Beratung zur Verfügung standen, wurde entgegen dem auf Vertagung lautenden Antrage der Sozialdemokraten über die Forderung von 5 400 000 Mk. zur Fortführung der Nambarabahn und zum Ausbau des Hafens in Tanganyika verhandelt. Genosse Moske schilderte die ungeheuerlichen Mißstände, die sich bei früheren Kolonialbahnbauten — besonders bei der Firma Holzmann — herausgebildet haben, wandte sich gegen die furchtbaren Verwüstungen, die im Verfolg dieser „Kulturpolitik“ unter den Eingeborenen angerichtet worden sind und forderte nachdrücklich Garantien für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der bei den Bahnbauten beschäftigten Arbeiter. Der Staatssekretär wußte hierauf nichts zu erwidern als ein paar abgegriffene Versicherungen, daß die Regierung wohlwollend und pflichtgemäß alles tun werde. Auf die von Moske vorgebrachten Fälle schlimmster Arbeiterbrutalität, Pflichtverletzung, Alkoholfälschung usw. ging er mit keinem Worte ein. Dafür wurde er vom Genossen Ledebour, der die Ausführungen Moskes unterstützte und ergänzte, entsprechend kritisiert. Die Mehrheit der Kommission aber hatte es auf die Fortsetzung der Debatte und die Vergewaltigung der Sozialdemokraten abgesehen. Ein Antrag Ledebours, der sich gegen Arbeitszwang, Arbeiterverhinderung und weitere Zulassung von Plantagen wandte und Verpflegung, ärztliche Versorgung, Regelung des Arbeitsverhältnisses durch Arbeitsordnungen und Schutz der Eingeborenen vor Unterdrückung und Enteignung forderte, wurde kaum angehört aber geschlossen niedergestimmt und darauf der Etatsittel — trotz des Protestes Ledebours gegen die Unwürdigkeit dieses Verfahrens — genehmigt.

### Zur Diamantenfrage.

Der dem Reichstage soeben zugegangene Entwurf eines Gesetzes zur „Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913“ fordert u. a. 2 151 670 Mk. für den „Erwerb der Anteilsscheine der Diamanten-Regie des südwesafrikanischen Schutzgebietes und zur Bereitstellung des vollen Grundkapitals“.

Mit diesem Erwerb soll ein sehr bedeutungsvoller Schritt zur Lösung der Diamantenfrage getan werden. Eine kaiserliche Verordnung vom Jahre 1909 hat die Förderer der südwesafrikanischen Diamanten verpflichtet, ihre gesamte Förderung dem Reichskolonialamt zum Verkauf zu übergeben. Das Kolonialamt hat mit dem Verkauf der Diamanten eine besondere Gesellschaft, die Diamanten-Regie betraut.

Der Aufsichtsrat der Diamanten-Regie bestand zunächst fast ganz aus Vertretern der Banken, die das Grundkapital der Gesellschaft stellten. Im März 1913 mußte die Regie infolge des Druckes der Förderer und des Reichstages, die Hälfte ihrer Anteilsscheine an die Diamantenförderer abtreten und den Aufsichtsrat aus je 14 Vertretern der Diamantenförderer und der Banken bilden lassen. Es zeigte sich aber bald „scharfe Gegensätze in der grundlegenden Frage“ zwischen den beiden Gruppen des Aufsichtsrates, so daß nach Ansicht des Kolonialamts die Diamanten-Regie ihre Aufgabe nicht mehr so erfüllen konnte, wie es notwendig ist.

Dies machte es, so begründet das Kolonialamt sein Vorgehen, der Kolonialverwaltung zur Pflicht, in die Verhältnisse der Diamanten-Regie einzugreifen. Das Kolonialamt erwarb die Mehrheit der Anteile und erklärte die Auflösung der Regie.

Jetzt soll die Einrichtung verbessert werden. Dazu heißt es in den „Erläuterungen“: Die Erfahrungen gerade der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Regie an sich geeignet ist, bei dem Verkauf der Diamanten alle berechtigten Forderungen zu erfüllen. Daher muß das Kolonialamt diese Einrichtung zu erhalten suchen, zugleich aber es ihr ermöglichen, ihre Kräfte wirklicher, dem Allgemeinwohl dienender Arbeit zu widmen und sich von Kämpfen fernzuhalten, die alle Beteiligten schwer schädigen.

Dies kann nur bedeuten, daß den Förderern der entscheidende Einfluß auf die Regie verjagt werden soll. Die Förderer verlangen jedoch diesen Einfluß, da es sich um den Verkauf ihres Eigentums handelt. Sie berufen sich überdies — und das in der Tat mit gutem Recht — darauf, daß die Regie in den früheren Jahren schwere Fehler zum Schaden der Gesamtheit und der Förderer gemacht hat. Schließlich behaupten die Förderer, daß das Vorgehen des Kolonialamts widerrechtlich sei.

Hiernach sind lebhaftere Verhandlungen über die Diamantenfrage zu erwarten.

### Wassergewinnung in Deutsch-Südwesafrika.

Eine besondere Betrachtung verdient in der Ergänzung zum Haushaltsplan für Südwesafrika die Forderung von 1 Million Mk. für Vorarbeiten und Bauarbeiten zur wasserwirtschaftlichen Erschließung, insbesondere durch Verbesserung des Fischflusses.

In einer Denkschrift über diese Forderung weist das Kolonialamt auf die große Bedeutung hin, die die Wassergewinnung für Deutsch-Südwesafrika hat: Ist genügend Wasser vorhanden, dann ist das Land nicht nur für Viehwirtschaft geeignet, sondern es kann auch das Getreide zur Ernährung seiner Bewohner hervorbringen und überdies zur Versorgung der Heimat mit südländischen Gezeugnissen beitragen.

Was ist zu tun, um für die Landwirtschaft in Südwesafrika mehr Wasser als bisher nutzbar zu machen? Südwesafrika hat eine ausgesprochene Regen- und Trockenzeit. Die Zeit der für die Landwirtschaft wertvollen Niederschläge umfaßt die Monate Dezember bis April. Die Hauptregen fallen meist binnen weniger Wochen, ja Tagen. Darum schwellen die Flüsse in der Regel plötzlich an, und das Wasser fließt in einer großen Flutwelle hinaus in das tiefliegende Flachland oder in das Meer ohne Nutzen für die Landwirtschaft. Das soll nun verhindert werden. — Ferner weisen die Regelmengen der einzelnen Jahre sehr von einander ab. Jahren des Überflusses folgen Jahre des Mangels. Darum heißt es, für die ungenügenden Jahre vorzorgen und das Abfließen des Regenwassers so zu regeln, daß das Abfließen über die regenarme Zeit verteilt wird, und möglichst an keiner Verbrauchsstelle jemals gefährlicher Mangel eintritt.

Dazu sind notwendig:  
1. Grundbege oder Grundsperrern, die an möglichst vielen Stellen eines Flußlaufes quer durch sein Bett gezogen werden müssen. Sie sollen das Wasser in seinem Lauf aufhalten und dadurch zwingen, erst den Untergrund zu durchdrängen und dadurch die Menge des Grundwassers zu vergrößern.  
2. Fallsperrern: größere oder kleinere oberirdische Dämme, die als Sammelbecken zu Zeiten des Wasserüberflusses dienen und das Wasser für die Zeiten des sonst eintretenden Wassermangels zurückhalten.

Um die Kosten und die wirtschaftlichen Ausfichten dieser Unternehmungen festzustellen, sind Vorarbeiten notwendig. In erster Linie muß die ober- und unterirdische Wasserführung der Flußgebiete untersucht und gemessen werden. Dann bedarf es genauer und planmäßiger Versuche in bezug auf die beste Ausführung und Bewertung der Landwirtschaft in den Bewässerungsgebieten.

Diese Arbeiten werden mehrere Jahre dauern und größere Mittel in Anspruch nehmen. Nach den bisherigen Beobachtungen ist aber zu erwarten, daß die Versuche zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Außerdem werden die Kosten dank der Einnahmen aus den Diamanten ganz von Südwesafrika selbst gedeckt.

### Ein Zentrumsblatt als Schutzgeist der reichen Steuer-mogler und Staatsbürger.

Es ist sehr bezeichnend, daß ausgerechnet die Zentrumspresse die größten Besorgnisse hegt, den reichen Steuerfolgern möge aus dem gewährten Generalpardon nachträglich doch noch ein Fallstrich gedreht werden. Am unverstämtesten gerberdet sich die ultramontane „Tremonia“ in Dortmund, wo übrigens von amtlicher Stelle aus sehr nachdrücklich der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß auch jetzt noch bezogen wird, obwohl dort infolge des Generalpardons 1 Million Mark mehr aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer zu erwarten ist. Die „Tremonia“ befürchtet, daß das Ergebnis des Generalpardons auch für die Zukunft „Schöpfköpfe“ und „Daumensträuben“ für die Reichen sein werde. Insbesondere ist sie in helle Aufregung über den Artikel eines Bürgermeisters in der „Tägl. Rundschau“. Der Bürgermeister hatte, um auch in Zukunft den Druckbergern beikommen zu können, folgendes System entwickelt:

Der Steuerpflichtige hatte vor so und so viel, sagen wir sieben Jahren, als er seine Berufstätigkeit oder sein Geschäft anfing, ein crebrtes oder erbeiratedes Vermögen von 30 000 Mk. Jetzt gibt er ein Vermögen von 100 000 Mark an. Woher stammt das Mehr von 70 000 Mark? Bis zum Nachweis einer anderen Quelle ist anzunehmen, daß er von seinem Einkommen 70 000 Mk., also jährlich 10 000 Mk. zurückgelegt hat. Nun hatte der Mann aber nur 8000 Mk. Einkommen angegeben und versteuert. 8000 Mk. hat er aber jährlich für seine Hauswirtschaft verbraucht. Wenn er noch obendrein jährlich 10 000 Mk. sparen konnte, so hat er 18 000 Mk. Jahresertragsmehrung gehabt. Wegen der Steuer, die er hinterzogen hat, können wir ihm nichts tun; aber die Zukunft gehört uns. Wir veranlagten ihn auf Grund obiger retrospektiver Rechnung zu 18 000 Mk. Einkommen. Wenn ihm das nicht behagt, so kann er die Rechtsmittel ergreifen und den Nachweis liefern, aus welcher anderen Quelle er die 70 000 Mk. Vermögen geschöpft hat und wie es mit den einzelnen Einnahmequellen steht.

Dazu bemerkt nun in zorniger Erregung in ihrer Nummer 52 die „Tremonia“ als Sachwatterin dunkler Ehrenmänner:

„Wenn dieses Verfahren bei der Veranlagungsbehörde in Ausnahme kommt, so führt der Generalpardon nicht zum Frieden, sondern zu Schlänen und Vergewaltigungen. Man kann doch nicht ohne weiteres annehmen, daß der Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Vermögensschätzung aus Ersparnissen herrühre. Erstens ist es zweifelhaft, ob nicht schon bei der früheren Schätzung, die jetzt grundlegend sein soll, ein höheres Vermögen vorhanden war. Zweitens kann der Zuwachs aus Schenkungen, aus Lotteriegewinnen, aus gelegentlichen Spekulationen, aus allen möglichen Glückszufällen hervorgegangen sein. Wollte man den Jahresdurchschnitt des Vermögenszuwachses einfach dem Einkommen zu rechnen, so würde der Betroffene das als Strafe für seine Offenherzigkeit empfinden. Für manchen wäre das eine Art Tortur. Denn nicht jeder ist in der Lage, über die Herkunft seines Vermögens ohne Scheu und Schaden der Behörde eingehende Nachweisung zu geben, und mancher bezahlt lieber zähnelnrichend eine zu hohe Einkommensteuer, ehe er im Streitverfahren seine ganzen Bücher oder seine Berufsgeheimnisse vor fremde Augen und Nasen bringt. Der Hinweis auf die „Rechtsmittel“ macht das Verfahren nicht human. Wenn man jemanden „versuchsweise“ zu hoch einschätzt, so ist das ein objektiver Erpressungsversuch.“

Wir meinen: ehrliche Geschäftsleute brauchen sich niemals zu scheuen, die Karten blank zu legen, d. h. ihre Bücher offen zu legen. Auf Gauner, Spitzbuben und sonstige dunkle Ehrenmänner braucht die Steuerbehörde aber keine Rücksicht zu nehmen. Nur den unsaubersten Elementen kann es eine Tortur sein, Bücher offen zu legen. So schamlos auch das Gebaren der „Tremonia“ ist, es entspricht durchaus dem Charakter des Zentrums, das immer bereit ist, die Arbeiter rücksichtslos auszuraubern, für die reichen Ausbeuter und Gauner aber nur schonungsloseste Rücksichtnahme kennt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 3. März.  
Mühtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hohofenwerk ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten.  
Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Die rote Woche der Sozialdemokraten macht den Gegnern der Arbeiterschaft arge Kopfschmerzen. Die „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ab, welche darauf schließen lassen, daß eine große Verwirrung in ihren Köpfen

Maß geübt haben muß, die sich dahin Ausdruck verschafft, daß man die sozialdemokratische Agitation mit derjenigen der Weisarmee vergleicht und von „innerer Kastrologie“ schwätzt. Die innere Kastrologie scheint uns aber ganz auf der Seite derjenigen zu sein, die die Erfolge der roten Woche zu fürchten haben. Die Genossinnen und Genossen werden schon dafür sorgen, daß auch in Lübeck das Antisemit in verstärktem Maße über das Wachstum der Sozialdemokratie zu jammern hat, während es selbst an der längst festgestellten Schwindsucht leiden muß.

**Die Lübecker Bürgerschaft** war gestern Abend sehr arbeitsfreudig. Bis auf die neue Kirchhofs- und Begräbnisordnung erledigte sie alle auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände einschließlich der Initiativanträge. Wie gewöhnlich gaben die von der Deputation vorgeschlagenen Stiel- und Pflasterarbeiten Veranlassung zu weiteren Anregungen auf diesem Gebiete. Genosse Ehlers trat für Verbesserung der Stielverhältnisse an der unteren Hützstraße ein und machte auf den schlechten Zustand der Heinrichstraße, Rabenstraße und des Grünen Weges aufmerksam. Von anderer Seite kamen andere Wünsche. Eine ganze Reihe Senatsanträge gelangte debattelos oder ohne erhebliche Diskussion zur Annahme.

Sämtliche Initiativanträge, darunter auch der des Genossen Ehlers auf Maßnahmen gegen die Hochwassergerfahr und die von Genossen P. Pape als Antrag ausgenommene und warm befürwortete Eingabe der Bewohner der Ritterstraße, wurden dem Bürgerausschuß überwiesen.

Die vom Senat beantragten Änderungen und Ergänzungen bestehender Anlagen in Travemünde, die größtenteils nur gemacht werden sollen, weil Wilhelm II. die „Hohenzollern“ im Travemünder Hafen alljährlich einmal vertäuen möchte und nicht draußen auf der See vor Anker gehen will, sowie um den reichen Lustjachtbesitzern einen Gefallen zu tun, machten zwar das bekannt „nationale Herz“ einiger Erstklassiger und besonders des „erschrecklich patriotischen“ Antisemiten höher schlagen, sonst haben sie jedoch weiter keinen Zweck; deshalb stimmte die sozialdemokratische Fraktion dagegen. Für die Herstellung eines Fischereijagens, den man mit dem Antrag verknüpft hatte, ist sie selbstverständlich.

Die Verbesserung des Betriebes auf der Marlinbahn fand in Genossen Stellung einen warmen Befürworter, der dabei nicht die Gefahren über sah, die aus der Durchführung der Linie 13 durch die schmale obere Wahnstraße entstehen können und deshalb Vorbeugungsmaßnahmen verlangte. Notwendig sei auch die Verbreiterung der Pfaffenstraße, die ja schon längst projektiert aber noch immer nicht ausgeführt ist. Mit großer Mehrheit erklärte sich die Bürgerschaft für diese Vorlage.

Zu langen Auseinandersetzungen gab die beantragte Erhöhung der Subvention für den Verein der Musikfreunde Veranlassung. Genosse Löwig betonte, daß der Staat hier bereits die Grenze seiner Leistungsfähigkeit überschreite, zumal für notwendige soziale Zwecke kein Geld vorhanden sei. Redner regte eine engere Verbindung des Orchesters mit dem Stadttheater an; das sei ein Weg zur Verstaatlichung des Orchesters. Die Herren Mantau und Thiele vertraten den gleichen Standpunkt. Für die Vorlage, die schließlich angenommen wurde — eine ganze Anzahl Bürgerchaftsmitglieder stimmten dagegen — traten Mitglieder des Musikvereins und des Senates ein. Vielleicht fällt die Anregung, reiche Kunstfreunde möchten einmal finanziell etwas für die Kunst tun, jeht auf fruchtbareren Boden als bisher.

Um 11 Uhr ging die Bürgerschaft auseinander, ohne die Mahnung des Wortführers, doch noch den letzten Senatsantrag zu erledigen, zu beachten.

**Die Christlichen rührten sich.** Sie lassen jetzt auch in Lübeck ein Flugblatt verbreiten, in dem sie den Köhler-Gewerkschaftsprozess und ihren Berliner Arbeiterkongress als Triumphe verherrlichen. Wie es damit in Wirklichkeit steht, haben unsere Leser aus den 1. Bt. veröffentlichten Artikeln erfahren können. Die christlichen Gewerkschaften, die Religion mit gewerkschaftlicher Arbeit vermischen wollen, eignen sich nicht zur energischen Vertretung von Arbeiterinteressen, sie tragen nur zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung bei und nähren damit deren Gegner. Deshalb werden sie hier in Lübeck bei der aufgeklärten werktätigen Bevölkerung auch keinen Boden finden.

**b. Schöffengericht** am 3. März. Als Kaufmann Jo und Jo aus Schlutup stellte sich der Bürstenmacher G. ans Telephon und bestellte in einer Drogeriehandlung für 25 Mk. Bürstenwaren, die auch in der Wirtschaft abgeliefert wurden. Eine Rechnung wünschte G. ebenfalls sofort beigelegt. Doch gedachte er diese nicht weniger als zu bezahlen. Im Gegenteil ging der auf diesem Gebiete Bewanderte hin und verknopfte die erschwindelte Ware mit entsprechendem Aufschlag. Das Bezahlen überließ G. den guten Geistern. Er wird mit Einschluß einer bereits erkannten Strafe wegen eines gleichen Falles zu 4 Wochen Gefängnis für diesen Betrug verurteilt. — Ein guter Kunde eines Arbeitgebers war der Arbeiter A., der den kargen Lohn durch Stibigen aufbesserte. Um seinen Hunger zu stillen, holte er nach und nach 20 Stückchen Sprötzen heraus, die zur Abwechslung mit Sardinen und Wratberingen durchsetzt wurden. Drei Wochen dauert der Nachgeschmack für den Fischliebhaber. — Zusammen 95 Bettelvorstrafen haben der Maler G. und der Arbeiter H., die sie um eine weitere in Lübeck vermehrten. Da nach Ansicht des Gerichts Bettler selten gefast werden und diese beiden Angeklagten doch kein anderes Gewerbe ergreifen, sollen sie nach den verbüßten mehrwöchigen Haftstrafen der Korrigendenanstalt überwiesen werden. — Die gefährlichen Brüder. Aus Schweden reisten zwei vorbestrafte junge Leute zu, die bereits in ihrer engeren Heimat längere Bekanntschaft mit der Strafanstalt machten. Der eine davon, ursprünglich Kellner, 2 1/2 Jahre. Hier reisten die beiden im selben Handwert, das sich im Stehlen kundtat. Dieserhalb wurden sie vor einiger Zeit zu 2 und 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Jetzt sind sie beschuldigt, einer Frau vor dem Hause in der Dämmerstunde die Handtasche mit einigen Mark Geld vom Arme gerissen zu haben. Die bestohlene Frau kann in den vorgeführten unsicheren Rantonissen nicht mit Bestimmtheit die Diebe erkennen. Da diese selbst entgegenstehende Behauptungen machen, die sich zwar widersprechen aber nicht widerlegt werden können, erfolgt Freispruch. Der Staatsanwaltschaftsvertreter hatte eine Strafbesserung von 2 und 4 Monaten gefordert.

**Wegen Wilddieberei und Schlerei** wurden im benachbarten Schönberg i. M. der Händler Sch. und der Arbeiter

**A. aus Lübeck abgeurteilt.** Sie würden vom Förstaußerer Schulz aus Selmsdorf beim Wildern angetroffen in dem Augenblick, als sie einen erlegten Rehbock wegchaffen wollten. Sch. erhielt ein Jahr, A. einen Monat Gefängnis. Der als Zeuge vernommene Arbeiter G. wurde gleich nach der Verhandlung wegen Verdachts des Meineides verhaftet.

**Elternabend in der Gewerkschule.** Der für Freitag den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Bürgervereins angelegte Elternabend kann umständelhalber erst am Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 1/2 Uhr, stattfinden.

**Unfälle auf dem Hochofenwerk.** Am Sonntag mittag verunglückte auf dem Hochofenwerk der mit Zementverladen beschäftigte Arbeiter Pauline dadurch, daß ihm ein mit Zement gefüllter Sack auf das Bein geworfen und dieses erheblich verletzt wurde. P. mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. — Am Montag voriger Woche wurde der an der Maschine tätige Arbeiter Konfordius von einer Welle ergriffen und mit herumgeschleudert. Dabei erlitt er mancherlei Verletzungen; auch das Zeug wurde ihm vom Leibe gerissen.

**Fundgegenstände.** Die im Jahre 1912 bei dem Polizeiamte eingelieferten Fundgegenstände, als Schirme, Handtaschen, Portemonnaies, Brillen, Kneifer, Hüte, Kleidungs- und Wäschestücke, Damengürtel, Handschuhe, Handtaschen, Armbänder, Halsketten, Ringe, Uhren, Broschen u. a. m., desgleichen diejenigen Fundgegenstände vom Jahre 1911, an denen sich die Finder das Eigentumsrecht vorbehalten hatten und dieselben nicht abholten, sollen am Dienstag, dem 21. April d. J., vormittags 9 Uhr, falls etwaige Ansprüche bis dahin nicht geltend gemacht sind, im Gerichtsschuppen der Straßencleaning — unterhalb der Fleischhauerstraße — öffentlich versteigert werden.

**ph. Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein Arbeiter, der sich in Bremen einer Unterschlagung schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurde ein Arbeiter, der dringend verdächtig ist in Krumbek eine Scheune vorzüglich in Brand gesteckt zu haben.

**pl. Zu früh auf trummern Wegen.** Am 2. d. J. Mts. gegen 1 Uhr mittags wurden einem 7 Jahre alten Mädchen, das vor einem Söjaufer von Rudolph Karstadt in der Johannisstraße stand, aus einer Handtasche 4 Mark gestohlen. Als Täter wurde ein Schulknabe ermittelt.

**ph. Betrugsversuch.** Festgenommen wurde ein Kellner von außerhalb wegen Betrugsversuchs. Er versuchte eine ganz minderwertige sogenannte amerikanische Remontoiruhr aus gelbem Metall an einen Vorarbeiter zu veräußern.

**ph. Sachbeschädigung und Körperverletzung.** Im Verlaufe einer in der Nacht zum 2. d. J. Mts. in einem Tanzlokal an der Neuhamburger Allee stattgehabten Schlägerei machte sich ein Schlächtergeselle der Sachbeschädigung schuldig, indem er mehrere Scheiben zertrümmerte. Er wurde festgenommen. Außerdem werden sich mehrere Personen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu verantworten haben.

**ph. Fahrrad Diebstahl.** Am Sonnabend, dem 28. v. Mts., zwischen 8 und 7 Uhr abends ist vor dem Hause am Markt 2 ein Fahrrad Marke „Brennabor“ mit schwarzem Gestell, ebenfalls gelben Felgen, der Fabriknummer 799197 und der vom Polizeiamt gelieferten Ertennungnummer 10521 gestohlen worden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Wir verweisen mit dieser Notiz nochmals auf den heutigen Abend, der von Goethe „Die Mitschuldigen“ und „Die gelehrten Frauen“ von Molière als des Lustspiel-Opus 3. Abend bringt. Von besonderer Bedeutung für diesen Abend ist das Gastspiel Stanislaus Tuchs als Cyprian in Molières Stück, für das er zugleich auch als Regisseur zeichnet. Der Anfang ist auf 8 Uhr festgesetzt.

**Katekau.** Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Sonntag stattfand, erfreute sich eines regen Besuches. Zur Aufnahme meldeten sich zwei Genossen. Den Bericht von der Generalversammlung in Schwartau gab der Genosse Westphal. Die Beschlüsse von der Generalversammlung wurden gutgeheißen. Freudig zugestimmt wurde, die Süßler Genossen bei der Agitation zu den Landtagswahlen zu unterstützen. Es meldeten sich vier Genossen freiwillig. Zur Hausagitation der roten Woche wurden acht Genossen bestimmt. Unter Berücksichtigung wurden noch einige Vereinsangelegenheiten geregelt.

**Entin.** Sie machen nicht mit. Zahlreiche Mitglieder des Bundes der Handwerker erlassen förmlich folgende Erklärung: „Mit dem Beschluß der letzten Versammlung des Bundes der Handwerker, bei der Landtags- und Erbschaftswahl den Hauptmann v. Levetzow tatkräftig zu unterstützen, erklären wir uns nicht einverstanden.“ — Damit werden die Aussichten der Agrarier immer geringer!

**Hamburg.** Ein Hamburger Dampfer gestrandet. Nach Meldungen aus Ceuta ist der Hamburger Dampfer „Zanzibar“ Sonntag um 5 Uhr früh beim Kap Ciris, nordwestlich von Ceuta an der nordafrikanischen Küste, aufgelaufen, während der Kapitän auf der Rede von Tanger zu sein glaubte. Die Entzündung spanischer Kriegsschiffe nach der Unfallstelle bezweckt, einen etwaigen Angriff der Kabylen zu verhindern, der jedoch vormittags nicht stattgefunden hat, und den Dampfer möglichst abzuschleppen. Der Dampfer „Zanzibar“ hat am 19. Februar Hamburg mit der Bestimmung nach Afrika verlassen. Das Schiff gehört zur Hamburger Reederei D'Esvald. Die Küste bei Angera, wo das Schiff aufgelaufen, ist zum größten Teil sandig. Es dürfte sehr schwer sein, an den Dampfer heranzukommen, weil die Küste von räuberischen Volksstämmen bewohnt ist, die als gefährliche Piraten gelten, sobald angenommen werden kann, daß sie den Besuch machen, das Schiff zu kapern und zu plündern. Einsteilen gilt bei Anwesenheit spanischer Kriegsschiffe Ladung und Besatzung nicht unmittelbar gefährdet. Im Laufe des Montagabends dürfte der erste Hilfsdampfer bei der „Zanzibar“ eintreffen. Auf die Nachricht von dem Auflaufen des Dampfers „Zanzibar“ an der nordmarokkanischen Küste hat der auf der Heimreise begriffene Kreuzer „Condor“, der heute in Tanger eintreffen soll, sofort Befehl erhalten, sich zur Hilfeleistung an die Unfallstelle zu begeben. — Schwere Schiffsunglück. Die norwegische Biermafzart „Tasman“ ist in der Nordsee gekentert. Der Fischdampfer „Develganne“ hat ein Boot ausgegeseht und 6 Mann der Besatzung gerettet, 13 Mann sollen ertrunken sein. Die Geretteten wurden in Altona gelandet. — Verhafteter Mörder. Der Arbeiter Josef Schwarzer, der in Harburg seine 45jährige Haushälterin erschlagen hatte, ist nach einer hierher gelangten Mitteilung in seiner Heimat, Müritsch-Weißwasser, verhaftet worden. Er hat schon wegen Totschlags, begangen an seiner Frau, 4 Jahre schweren Kerkers verbüßt.

**Wilhelmshaven.** Ein Sieg der Reaktion? Die am 3. Januar in Wilhelmshaven-Rüstringen stattgefundenen Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse endeten, wie heuerzeit mitgeteilt, damit, daß von den Vertriebenen für die Liste

des Gewerkschaftsartikels 2425 Stimmen, für die bürgerlichen Parteien 411 Stimmen abgegeben wurden; die Unternehmer erhielten 253 resp. 2680 Stimmen. Weil die Unterschriften für die Wahlvorschläge auf der Kartellliste nicht unter die vorgelegten Kandidaten gestellt waren, sondern sich auf einem besonderen Blatte befanden, wurde von einer nichtgenannten Seite, wahrscheinlich von Seiten des Unternehmersverbandes, Protest gegen die Wahl eingelegt. Sonderbarerweise hat das Versicherungsamt dem Protest stattgegeben, die Kartellisten als ungültig, die bürgerlichen Kandidaten für gewählt erklärt. Dieser Standpunkt ist unverständlich und wird hoffentlich vom Oberversicherungsamt nicht geteilt werden, weil die Unterschriften auf den Kandidatenlisten keinen Platz fanden, mußte dafür ein besonderes Blatt benutzt werden. Das soll dem Wortlaut des Gesetzes widersprechen, der eine direkte Unterschrift fordert. Eine derartige Auffassung kann unmöglich dem Geiste der Reichsversicherung entsprechen, denn bei einer derartigen Auslegung würde die Mehrheit der Versicherten von der Verwaltung der neuen Krankenkasse vollständig ausgeschlossen sein.

## Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. Februar 1914.

### Eheliche Geburten.

a) **K n a b e n:** (Name und Beruf des Vaters).  
18. Februar. Lokomotivheizer P. H. E. Benck. 19. Eijenhahndücker H. H. M. Reggenkamp. Arbeiter G. K. M. Thürling. Metzger L. J. H. Oldenburg. Arbeiter J. J. O. A. Schröder. Verkäufer H. J. J. M. L. Siggelkow. Malergehülfe H. G. M. Kämpfer. 20. Kataster-Landmesser P. R. Buchart. Kellner C. F. Chr. Schlichting. Lagerarbeiter O. J. J. Wiende. 21. Arbeiter H. J. Th. Meier. Arbeiter G. Schleich. 22. Lithographengehülfe H. R. K. Giese. Lokomotivheizer H. J. Lepthien. Kutscher H. J. H. Eggers. 23. Seemaschinist C. P. P. Kohrbek. 24. Arbeiter C. W. Chr. Berg. 25. Arbeiter J. W. Schwabe. Bureaubeamter H. J. J. Brandes.

b) **M ä d c h e n:** (Name und Beruf des Vaters).  
17. Februar. Wajfeldweber J. J. M. Diederich. 19. Buchhalter K. J. Gerdes. Händler J. K. H. Oelke. 20. Kassenbeamter Th. J. H. Grossmühl. Schaltbrettwärter J. W. Lüthje. Bureaugehülfe J. H. A. Perisson. 21. Oberlehrer Dr. phil. J. L. J. Casbaum. 22. Goldschmied G. Schwarzlopf. Landmann H. W. H. Trechs (Wadenborn). Gelbgießer L. W. H. Wolfers. Arbeiter Chr. G. M. Kellberg. Eijenhahndücker Chr. L. C. Goge. Bahnarbeiter H. Chr. H. Gerg. 23. Buchbinder M. J. L. Behrendorf. Handlungsgehülfe H. G. M. R. Friedrich. 26. Gerichtsvollzieher P. Chr. D. Holt. 27. Handlungsgehülfe M. C. L. H. A. Behne. 28. Zimmermann H. W. D. Meyer.

### Angerorbene Aufgebote.

23. Februar. Krankenpfleger R. E. Kjos und M. A. M. H. J. Herbst, beide in Moskau. Arbeiter H. D. Chr. Dreger und J. M. W. Müll. Feldweber C. F. W. M. Ludmann und H. W. P. L. Star. Buchdrucker P. J. Kemmer in Cleebrück und C. M. E. Chr. Schlichting. 24. Arbeiter H. W. J. Dittcher in Utecht und C. J. W. Klotmann. Straßenbahnschaffner J. H. Chr. Jie und C. F. J. Brühhaber. Dreher Chr. Petersen und E. M. Chr. Dahlenburg. Arbeiter H. K. A. Wolff und H. J. A. C. Rönnebed. Tischlergehülfe H. A. J. Brümmer und P. E. M. Krohn in Rensfeld. 25. Maschinenbauer M. G. A. Söstler und L. B. Hinrichsen, beide in Flensburg. Erbpächter H. J. W. Kahl in Wandelow und C. J. D. E. Julius in Freien. Arbeiter H. H. Schweimer und E. M. E. Heier. Schuhmacher G. J. Boll und H. M. J. Hagedorn. 26. Privatmann J. W. R. Blessing und C. K. A. Beck geb. Hüsch. Joureierschneider O. L. Döhler in Eisenburg, S.-A., und R. W. L. Scheel. Kellner H. E. Otto in Harburg a. d. E. und E. J. M. Puls in Zietzen. Arbeitsmann H. K. J. W. Franz in Wismar und M. A. Spikerin in Parchim. Maurer H. J. W. Schuppensauer und M. Dufschel, beide in Bad Oldesloe. 27. Güterbodenarbeiter H. W. R. Schwänke und J. A. Witte. Kaufmann O. L. A. Wegener und A. E. M. Hofmeyer. 28. Straßenbahnschaffner H. J. J. A. M. Schüh und M. Chr. M. Gerg in Jadenburg. Kutscher J. H. W. Schwarz und M. E. Chr. M. Planthaber geb. Ewald. Arbeiter W. Chr. Mauts und A. D. M. K. L. Kuhlmann gen. Trentrop. Arbeiter A. D. W. Köll und A. D. E. Dürtop. Diplom-Handelslehrer K. W. H. Rath in Sonneberg und M. Lange.

### Eheliche Tode.

24. Februar. Pastor G. W. Jansen in Bischofshof und A. J. M. E. Petersen. Seemaschinist J. J. Groot und H. Berghaler. Gärtner A. H. Gerde und M. S. J. Chr. Köhler. Maschinenmeister K. H. J. Schering in Kiel und M. E. A. Bollow. Barbier H. J. D. Mundt und C. F. W. Möller geb. Meier. 25. Friiseur H. W. A. J. Drendoppel und H. J. E. Scharnberg. 28. Schlossergehülfe G. A. W. Fregang in Hamburg-Barmbeck und M. R. Kofski. Güterbodenarbeiter A. A. W. S. Schöffel in Altona und M. A. M. Kahls. Bäcker und Konditor M. A. M. Trech und M. L. J. Pöhl. Maurergehülfe M. H. Boldt und C. J. Pier. Landchaftsgärtner L. Chr. J. Schuldt und A. Lache. Zimmerer A. K. H. Chr. Gölthorf in Hansdorf und Ch. Straumeyer in Kamelsloh.

### Sterbefälle.

21. Februar. Hauptpfarrer an St. Marien Chr. J. Marth, 73 J. A. B. M. Dünker, 3 Mt. E. H. J. Wiese, 1 J. 22. E. M. R. Pries, 7 Mt. C. M. E. geb. Grabbert, Witwe des Kirchhofsarbeiters J. J. Burmeister, 72 J. Privatmann H. S. R. Ehrh, 70 J. Säneridgehülfe C. L. J. Müller, 61 J. J. J. H. Cordts, 15 Tg. A. D. C. geb. Davißen, vorher verw. Donatus, Witwe des Arbeiters H. Spindler genannt Schaefer, 73 J. Bureaugehülfe P. D. Jörn, 47 J. 23. H. J. Steffen, 5 Mt. E. G. H. Anhalt, 10 J. M. Trechs, 9 Std. Arbeiterin B. Duzat, 18 J. (Schluß). 24. H. A. M. Dau, 3 Mt. Landmann H. J. Chr. Langpaap, 47 J. (Schönberg i. M.). Eijenhahndücker-Verstärker-Vorsteher J. P. Reichmann, 65 J. A. C. M. geb. Knaak, Witwe des Rentners H. G. Bohm, 76 J. Früherer Stellmacher Chr. H. A. Menjöl, 78 J. Dienstmädchen D. M. Harns, 29 J. 25. H. M. J. geb. Demerenz, Ehefrau des Tischlergehilfen J. S. M. Eijendarth, 66 J. Privatmann J. E. Klobbe, 77 J. Ein toter Knabe, 1. Arbeiter M. H. J. Jen. 26. Mt. C. geb. Koop. Ehefrau des Arbeiters H. J. H. Dorendorf, 63 J. C. M. R. geb. Boye, Ehefrau des Arbeiters J. W. W. Mette, 48 J. C. M. E. geb. Strube, Witwe des Anbauers und Maurers J. H. H. Sälge, 73 J. (Müstin). Sekretariats-Assistent A. J. J. M. Meyer, 61 J. 27. H. J. R. Kahl, 7 J. E. E. V. Heitmann, 6 Mt. Tapezier J. H. J. Jela, 72 J. 28. Früherer Arbeitsmann J. J. H. Hinz, 81 J.

### Wriekasten.

L. B. Der Vater hat nicht das Recht, seine schuldentlastete Tochter in der Wohnung einzuschließen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der für Freitag, den 6. März 1914 angekündigte  
**Sternabend**  
 kann umständehalber erst am  
 Mittwoch, dem 11. März 1914  
 abends 8 1/2 Uhr  
 stattfinden.  
 Lokal: Bürgerverein, Büttelstr. 25.  
 (1504) Die Gewerkekammer.

Deutscher  
**Transportarbeiterverband**  
 Ortsverwaltung Lübeck.

**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitglidern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, die Lager-  
 arbeiterin, Frau  
**Rosa Höppner**  
 im Alter von 39 Jahren ver-  
 storben ist.  
 Ihre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, dem 5. März 1914,  
 nachmittags 2 1/2 Uhr, von der  
 Leichenhalle auf dem Vorwerker  
 Friedhof statt.  
 Veranlassung des Todes um  
 1 1/2 Uhr bei P. Lindenberg in  
 Stempelndorf.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 (1524) Der Vorstand.

**Arbeiter-  
 Radfahrer-  
 Bund  
 Solidarität**  
 Ortsgruppe Lübeck.

Am Sonntag verstarb unsere Ge-  
 nossin, Frau  
**Rosa Höppner.**  
 Ihre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung erfolgt am Don-  
 nerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf  
 dem Vorwerker Friedhof.  
 Die Mitglieder mögen sich bis  
 2 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“ ein-  
 finden.  
 (1518) Der Vertrauensmann.

**Fabrikarbeiter Deutschl.**  
 Zahlstelle Lübeck.  
 Bezirks-Zeitung.

**Nachruf.**  
 In den Folgen des vor wenigen  
 Tagen am Orte vorgekommenen  
 Kohlengasvergiftung starb unser  
 Mitglied, der Kollekt  
**Wilh. Oldörp.**  
 Wir werden demselben ein ehren-  
 volles Andenken bewahren.  
 (1531) Die Bezirksleitung.

**Verband der  
 Fabrikarbeiter Deutschl.**  
 Zahlstelle Lübeck.  
**Nachruf.**

Am Sonntag, dem 1. März, starb  
 unser Mitglied, der Kollege  
**Herm. Gerhardt.**  
 Ihre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Don-  
 nerstag, dem 5. März, nachmittags  
 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof  
 statt.  
 Die Mitglieder versammeln sich  
 zur Teilnahme an derselben nach-  
 mittags 1 1/2 Uhr beim „Weißen  
 Hirsch“.  
 (1530) Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
 Allen denen, die meinem lieben  
 Vater, unsern guten Vater und  
 Großvater die letzte Ehre erwiesen  
 und seinen Sarg so reich mit Kränzen  
 schmückten, sagen wir auf diesem  
 Wege unsern herzlichsten Dank.  
**Marie Barmeister Ww.**  
 (1527) geb. Nehls nebst Kinder.  
 Schlimm, den 3. März 1914.  
 Allen denen, die meiner lieben  
 Frau und unserer guten Mutter die  
 letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg  
 so reich mit Kränzen schmückten,  
 sowie allen Verwandten, Bekannten  
 und Nachbarn, welche uns in der  
 schweren Zeit so treulich zur Seite  
 standen, unsern herzlichsten Dank.  
**H. Lorendorff u. Kinder.**  
 (1528) geb. Kahl.  
 Schlimm, den 3. März 1914.  
 Schatz zum 1. März von einem an  
 Seiten eine abgebl. Drei-Stra-  
 ßenbahn, am besten in ein klein-  
 fass, da sie 3. April Lauf vorh.,  
 oder als Biege-Panzer mit, kann  
 u. Holzer, Ang. u. B. W. A. d. G. P.

**Ein guterhaff. Küchenschrank**  
 billig zu verkaufen.  
 (1515) Hundestraße 82, I.

**Eine Gaslampe**  
 Breits 5 Mk., zu verkaufen.  
 (1507) Lüchowstraße 16, part.

**Gitarre**  
 billig zu verkaufen.  
 (1516) Brüderstraße 1a, part.

**Guterhaltenes Fahrrad**  
 mit Laterne für 25 Mk. zu verkauf.  
 (1512) Altendornstraße 22, II.

**Guterhaltene Kommode**  
 zu verkauf. (1506) Wickedestr. 44, I.

Ein Kinder-Klavierspiel und ein  
 Kinderwagen mit Mairage zu ver-  
 kaufen. (1514) Geeverdestr. 36, II.

Ein Kinderwagen und ein fast  
 neuer verstellbarer Sportwagen zu  
 verkaufen. (1510) Feldstraße 8, I.

Ein fast neuer blauer Sitz- und  
 Liegewagen zu verkaufen.  
 (1509) Gr. Gröpelarube 27, I.

Geschrank, Kommode, Sofa, Tisch,  
 Vertikale und Kinderwagen mit  
 Gummireifen billig zu verkaufen.  
 (1508) Kottmühlstraße 8, I. rechts.

Zu kaufen gesucht ein gebr. Sofa  
 u. eine Kinder-Bettstelle. Dasselbst  
 ein Kinderwagen zu verkaufen oder  
 zu vertauschen.  
 (1501) Kronsförder Allee 106, I.

**Entflogen** am Sonnabend eine  
 hellgelbe Taube.  
 (1518) Gr. Gröpelarube 21.

Guter bürgerl. Mittagstisch 60 P.  
 (1522) Geeverdestr. 29.

**2 H. Dam.-Mastentofkämme**  
 billig zu vermieten. (1511)  
 Wafenmüner 1, II.  
 Täglich frischen Abfall-Pack  
 Paket 30 Pfg. (1526)  
 Schmelz-Pack, Paket 20 Pfg.  
 Kleiner Büchling, Svrotten, Wis-  
 morische Kase empfiehlt täglich frisch  
**P. Tretow,** Schlumacher-  
 straße 27.  
 Bruchkäse Pfund 20 Pfg.  
 (1519) Schlumacherstraße 12.

**Tag-Zigaretten**  
 sind außer in den bereits veröffentlichten Verkaufsstellen auch in  
 allen Warenabgabestellen des Konsumvereins für  
 Lübeck und Umgegend schon seit längerer Zeit zu haben.  
 Arbeiter, verlangt beim Einkauf nur Tag-Zigaretten, wodurch  
 reformierend auf Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem Tabak-  
 Gewerbe eingewirkt wird.  
 Mit genossenschaftlichem Gruß  
**Tabak-Arbeiter-Genossenschaft**  
 Stuttgart.  
 (1525)

**Dritter Teil**  
**Rebels Leben**  
 von Karl Kautsky  
 ist jetzt auch erschienen  
 und wollen die Bezieher der beiden ersten Teile  
 ihre Bestellungen baldigst aufgeben.  
 Preis des dritten Teils 2.25 Mk.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Sämtliche Damengarderobe**  
 wie Konfirmanden - Kleider von  
 4 Mk. an, werden angefertigt (1522)  
**H. Kunz, Bleicherstr. 6 a.**

1274) Kaufe jeden Posten  
 ausgefärbtes Haar.  
 Herm. Klempau  
 Ludwigsstr. 33 u. Gartenarube 33, I.

Man abonniert jederzeit auf das  
 schönste und billigste  
**Familien-Witzblatt**  
**Meggendorfer-Blätter**  
 München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst  
 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.- 2  
 Abonnement bei allen Buchhandlungen und  
 Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-  
 nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47  
**Kein Besucher der Stadt München**  
 sollte es verkämen, die in den Räumen der Redaktion,  
 Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-  
 stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter  
 zu besichtigen.  
 Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei

**Konzerthaus Fünfhausen.**  
 Heute Dienstag: **Grosses Tanzkränzchen**  
 Mittwoch: **Tanzkränzchen.** 1519

**Holsten-Meierei**  
 Fernruf 2336 Wickedestr. 44  
 empfiehlt alle Meiereiprodukte  
 in bekannter Güte.  
 Geschäfte, welche **Niebertlagen**  
 übernehmen wollen, werden gebeten,  
 sich zu melden. (1525)

**Kränze**  
**Buketts u. Girlanden**  
 liefert billigst  
**Fr. Schmidt**  
 Bülowstraße 11, Marll und  
 Dornestraße 16 a, Holstentor.  
 Fernsprecher 1113.

**Achtung!**  
**Deutscher**  
**Bauarbeiter-Verbd.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, dem 4. März  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstr. 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Sperre über das Hochofen-  
 werf.  
 2. Die Ausschachtungsarbeiten auf  
 der Idiotenanstalt.  
 3. Innere Verbandsangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen ist erfor-  
 derlich  
 (1523) Der Vorstand.  
 NB. Ganz besonders sind die bei  
 Torkühl beschäftigten Kollegen auf  
 dem Hochofenwerf zu dieser Ver-  
 sammlung eingeladen.

**Achtung!**  
**Deutscher**  
**Bauarbeiter-Verbd.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, dem 4. März  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstr. 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Sperre über das Hochofen-  
 werf.  
 2. Die Ausschachtungsarbeiten auf  
 der Idiotenanstalt.  
 3. Innere Verbandsangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen ist erfor-  
 derlich  
 (1523) Der Vorstand.  
 NB. Ganz besonders sind die bei  
 Torkühl beschäftigten Kollegen auf  
 dem Hochofenwerf zu dieser Ver-  
 sammlung eingeladen.

**Achtung!**  
**Deutscher**  
**Bauarbeiter-Verbd.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, dem 4. März  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstr. 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Sperre über das Hochofen-  
 werf.  
 2. Die Ausschachtungsarbeiten auf  
 der Idiotenanstalt.  
 3. Innere Verbandsangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen ist erfor-  
 derlich  
 (1523) Der Vorstand.  
 NB. Ganz besonders sind die bei  
 Torkühl beschäftigten Kollegen auf  
 dem Hochofenwerf zu dieser Ver-  
 sammlung eingeladen.

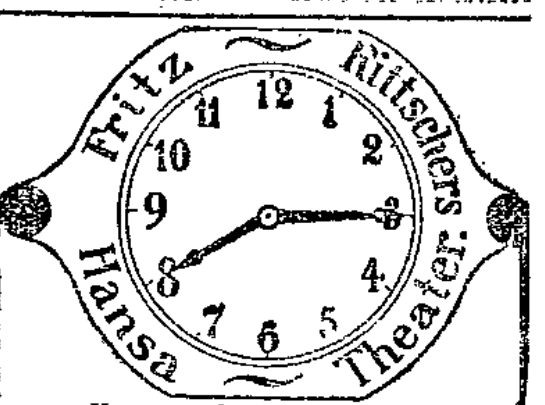
**Achtung!**  
**Versammlung**  
 sämtlicher bei den Holz-  
 speiditoren beschäftigten  
 Arbeiter  
 am Mittwoch, dem 4. März,  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Differenzen bei der Ent-  
 lösung der Stockholmer  
 Dampfer.  
 2. Ergänzung der Lohnkommission.  
 3. Verschiedenes.  
 (1528) Der Vorstand.  
 NB. Das Erscheinen der Kollegen  
 ist dringend notwendig. D. D.

**Achtung!**  
**Versammlung**  
 sämtlicher  
 bei der Schlepsschiffahrt  
 beschäftigten Personen  
 am Mittwoch, dem 4. März  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“,  
 Johannisstraße 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht von der Verhandlung  
 mit dem Hafenmeister.  
 2. Diskussion.  
 (1529) Der Vorstand.  
 NB. Das Erscheinen der Kollegen  
 ist ein dringendes Erfordernis. D. D.

**Verband d. Maler!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, dem 4. März  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.  
 Tagesordnung wird in der Ver-  
 sammlung bekannt gegeben.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 (1517) Der Vorstand.

**Sensation**  
 (1521) erregt das  
 überaus lustige Programm in  
 Kalmbergs Etablissement  
**Fledermaus**  
 Varieté - Kabarett  
**30 Gesangs- 30**  
**Vorträge 30**  
 Um 10 Uhr: Tango.  
 Beginn präzise 8 Uhr.  
 Wochentags Eintritt frei.

**Neues Stadttheater**  
 Dienstag, den 3. März 1914:  
 143. B. i. B. 26. 24. B. i. Dienst-26.  
 III. Abend im Lustspiel-Zyklus:  
 Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.  
 Gastspiel von Stanislaus Fuchs:  
**Die Mitschuldigen.**  
 Lustspiel von Goethe.  
 Hierauf:  
**Die gelehrten Frauen.**  
 Lustspiel von Molière.  
 Mittelpreise.  
 Mittwoch, den 4. März 1914:  
 Außer Abonnement. Mittelpreise.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
**Die spanische Fliege.**  
 Donnerstag, den 5. März 1914:  
 144. B. i. B. 26. 23. B. i. Donnerst.-26.  
 Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.  
 Gastspiel von Stanislaus Fuchs:  
**Die Mitschuldigen.**  
 Lustspiel von Goethe.  
 Hierauf:  
**Die gelehrten Frauen.**  
 Lustspiel von Molière. (1503)  
 Mittelpreise.



## Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 2. März.

Der Wortführer Dimpfer eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten.

Es wird in der Beratung der unerledigt gebliebenen Tagesordnung vom vorigen Montag fortgefahren.

12. Antrag: Erweiterung des Umschlaghauses (213 0000 Mt.).

Erzögerer erhebt um Berücksichtigung einiger vorgebrachten Wünsche.

Der Antrag wird endgültig angenommen.

13. Antrag: Feststellung der im Rechnungsjahre 1914 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Stelarbeiten.

Burwick bedauert, daß die Marlesgrube, Dankwartsgrube und Hartengrube nicht mit einbezogen sind. Eine Entlastung der Holstenstraße würde durch besseres Pflaster dieser Straßen eintreten. Redner stellt einen Antrag, die Dankwartsgrube mit aufzunehmen.

Dr. Langenhei bedauert, daß der südliche Bürgersteig der Roedstraße nicht als verbesserungsbedürftig aufgeführt ist, obwohl dies unbedingt notwendig sei, weil sich der Verkehr von Markt auf dieser Seite bewege. Der Restweg dagegen befände sich im guten Zustand.

Senator Dr. Stoß: Der St.-Gertrud-Verein hat eine Eingabe eingereicht, der entsprochen wird.

Thiele bringt Beschwerden der unteren Hügstraße vor, deren Anwohner durch Wasser im Keller zu leiden haben.

G. Ehlers bestätigt dies als Anwohner dieser Straße.

Er hätte erwartet, die Baudeputation würde die Sieserhältnisse einer Revision unterziehen, um so mehr, als dem Senat die Klagen bekannt sind. Bei starken Regengüssen fliehe das Wasser 5-7 Zoll in den Kellern, so daß man Waren auf dem Erdboden nicht lagern könne. Schon aus rein hygienischer Hinsicht und mit Rücksicht auf die Geschäftsleute, die die Keller nicht ausnützen könnten, müßte hier Abhilfe geschaffen werden. Schlechte Zustände herrschen auch im Grünen Weg und der Rabenstraße. Selbstverständlich könne man vom Senat nicht verlangen, alles auf einmal zu machen, er führe dies nur an, damit sich die Baudeputation dort die Pflaster- und Wegeverhältnisse einmal anschau. Ebenso stehe es in der Heinrichstraße. Allerdings wohnen dort nur Arbeiter. Über man sollte auch den Wünschen jener Leute Rechnung tragen, die ihre Stiefel selber putzen müssen.

Senator Dr. Stoß sagt Prüfung zu.

Dr. Ziehl weist auf den traurigen Zustand des Fußweges hinter Israelsdorf nach Schluß hin. Der gute Weg sei weggenommen und als Radfahrweg benutzt. Die Baudeputation sollte sich die Sache ansehen.

Aug. Vape bespricht den Zustand der mittleren Dornestraße. Man sollte dort auch gleich eine Höhenregulierung vornehmen.

Röhn fragt, ob die Pflasterung an der Mauer ganz durchgeführt werden soll.

Die Senatsantwort ist unverständlich.

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen. Der Antrag Burwick, die Dankwartsgrube neu zu pflastern, wird ebenfalls angenommen.

14. Antrag: Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für die Behörde für Travemünde.

Grünau erachtet es als selbstverständlich, daß ein Verwaltungsgebäude errichtet wird, doch sei der dafür gewählte Platz der allerungeeignete. Eine ganze Reihe Bäume müßten sonst im Kurgarten abgehauen werden, und Bäume seien gerade in Travemünde notwendig. Man müsse auch auf die zu erbauende elektrische Rücksicht nehmen. Die Räume seien zu klein; auch sei nicht notwendig eine Hausmeisterwohnung zu errichten, es sei denn, daß sie später für den Kardirektor umgebaut würde. Im Konversationshaus habe man verpflegen, eine Wohnung für den Kardirektor einzurichten.

Böbs glaubt nicht, daß des Baues wegen Bäume gefällt werden müssen. Notwendig, das Verwaltungsgebäude gerade an der Kurgartenstraße zu errichten, sei es nicht. Gegen den Bau an und für sich sei wenig einzuwenden. Die bewilligte Grundrißbildung des Konversationshauses sei gar nicht ausgeführt worden.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

15. Antrag: Herstellung der Straßenriele in neu anzulegenden Straßen.

Wird debattelos angenommen.

16. Antrag: Verbreiterung der Kaiserallee in Travemünde.

Grünau hält die vorgesehene Verbreiterung für ungenügend. Nach dem Plane werde nur viel Geld aufgewendet, ohne daß etwas Besseres geschaffen würde. Am besten wäre es, die Vorlage noch einmal einer Kommission zu überweisen. Die Sache schwebte schon sieben oder acht Jahre, da komme es auf ein Jahr weiter nicht an.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen. Kommissionsberatung abgelehnt.

17. Antrag: Herstellung eines Sieles im Zuge des Gneversdorfer Weges vor Travemünde.

Böbs: Durch die Anspülung in der Siedenbucht hat der Senat Gelände und die Anwohner erhöhtes Grundwasser gewonnen. Wenn das jetzt beantragte ausgeführt wird, ist nichts erreicht. Entwässert wird nur sehr wenig dadurch. Der Grundwasserstrom, der durch Travemünde fließt, hat sich einen anderen Ausweg suchen müssen, ist durch die Anspülung aufgestaut und muß einen neuen Ausweg finden. Eine Besserung wird nur dann geschaffen, wenn ein weiteres Siele gebaut wird, sonst ist alle Arbeit vergebens. Als im Kurgarten derartige Verbesserungen verlangt wurden, hat man dem so gleich entsprochen, es wäre jetzt auch an der Zeit, hier den Anwohnern der alten Häuser entgegenzukommen, damit das Kellerwasser verschwindet. Redner stellt ein Ersuchen, das weitere Siele zu bauen.

Söhrmann (Travemünde) ersucht ebenfalls, der Kamalität abgeholfen, die sich durch das Grundwasser immer wieder einstellt. Durch Errichtung eines Brunnens mit selbsttätig wirkender Pumpe auf dem Marktplatz könnte man Abhilfe schaffen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Ersuchen von Böbs ebenfalls.

Es folgt die Besprechung des in der Versammlung vom 15. Dezember 1913 mitgeteilten Senatsdekretes vom 10. desselben Monats, betreffend das Urteil des hiesigen Landgerichts vom 23. Oktober 1913 wegen Feststellung eines angemessenen Preises für den Verkauf von in Travemünde nördlich der Bahnhofsstraße von der Rose bis zum Strandbahnhof belegenen Grundstücken an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Böbs ist von der Preisfestsetzung, 5 Mark pro Quadratmeter, überrascht. Die Entwertung der Grundstücke habe man nicht in Betracht gezogen. Der frühere Gemeindevorsteher Meiske hätte 6 Mark für gerecht gehalten. Das Finanzdepartement habe auch Revision einlegen wollen, doch hätte der Senat davon abgesehen. Redner fragt, ob Beratung eingelegt sei. Man sage, sogar die Lübeck-Büchener Bahn wolle Beratung einlegen.

Senator Dr. Zehling: Es kann jetzt noch die Beratung erfolgen, es liegt nur an der Bürgerchaft, was sie tun will.

Antrag von Henk: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, den noch verbleibenden Teil des Niendorf-Travemünder Weges, der nicht Staatsweg ist, als solchen zu übernehmen.

Henk (Büchener) glaubt, es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, diese Wegstücke auf den Staat zu übernehmen und stellt einen Antrag, der die Sachlage prüfen soll.

Senator Dr. Zehling: Es kann jetzt noch die Beratung erfolgen, es liegt nur an der Bürgerchaft, was sie tun will.

Antrag von Henk: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, den noch verbleibenden Teil des Niendorf-Travemünder Weges, der nicht Staatsweg ist, als solchen zu übernehmen.

Henk (Büchener) glaubt, es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, diese Wegstücke auf den Staat zu übernehmen und stellt einen Antrag, der die Sachlage prüfen soll.

Grünau unterstützt diesen Antrag. Die Bauern von Teutendorf seien bereit, eine bedeutende Summe beizuschließen. Dr. Ziehl wünscht, daß die Polizei einmal den Autoverkehr auf diesem Wege ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Die Fußgänger würden von oben bis unten mit Schmutz bespritzt. Jedenfalls sei es besser, wenn die Behörde den Weg unterhalte als die Dorfbewohner.

Der Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

Antrag von Bandholz: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, die Befestigung des Weges Kubstrif im Eingemeindungsgebiet Genin einer Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Bandholz begründet seinen Antrag. Inmitten einer scharfen Kurve der Hamburger Bahnlinie liege der Weg Kubstrif. Da dort 80 Züge täglich verkehren, könnte leicht einmal ein Unglück geschehen. Das beste sei, den Weg zu überführen.

Der Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

Antrag von Gustav Ehlers: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, baldigst in eine Prüfung der Frage einzutreten, welche Maßnahmen geboten erscheinen, der ständig sich wiederholenden Hochwassergefahr wirksam zu begegnen und eventuell der Bürgerchaft entsprechende Vorschläge entgegenzubringen.

G. Ehlers: Ich habe schon am 19. Januar den Antrag begründet, er ist aber von einigen Herren verkehrt verstanden worden. Ich habe ihn nicht so aufgefaßt, daß wir das Hochwasser abschaffen wollen, ich wollte nur bezwecken, daß die vom Hochwasser betroffenen Anwohner irgendwie gelindert werden. Man soll nur prüfen, wie Abhilfe geschafft werden kann, um die Leute von dem von Zeit zu Zeit eintretenden Hochwasser nicht in so schlimmer Weise zu schädigen. Das weiter auseinanderzusehen ist unnötig, jeder weiß, wie es damit steht. Die Möglichkeit ist vorhanden, die Schäden abzumildern. Der Senat soll in eine Prüfung eintreten. Vorkünftig bitte ich Sie, den Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen.

Diesem Ersuchen wird entsprochen.

Antrag Burwick: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, zu prüfen, in welcher Weise eine Sanierung des an der Diertrave belegenen, vom Hochwasser fortgesetzt heimgesuchten Stadtteils möglich ist.

Burwick begründet den Antrag. Die Schäden träfen nicht nur die Hausbesitzer, sondern nahezu alle Einwohner Lübecks. Es wäre nur von Vorteil, die zahlungsfähigen Bürger und Arbeiter in der Stadt zu halten.

v. Schaack sieht in den Anträgen Ehlers und Burwick einen großen Unterschied. Der Antrag Burwick spreche von Sanierung, die wir hier nicht vornehmen könnten, da die Grundstücke nach dem Herunterreißen der Gebäude nicht mehr gut verwertet werden könnten.

Bachmann erinnert an die Wohnungsfrage und die Vorarbeiten über die Wohnungen, die mit den Wohnungen an der Trave in keinem Falle übereinstimmen. Man finde Wohnungen, wo der Vorplatz als Wohn- und Schlafraum und Küche benutzt werde. In Blohms Gang herrschten ganz traurige Zustände, die man in Lübeck nicht mehr antreffen sollte. Es könnten dadurch eventuell Verhältnisse heraufbeschworen werden, an denen ganz Lübeck Schaden nehmen könnte.

v. Schaack ersucht, den Antrag so abzuändern, daß man statt der Sanierung eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ins Auge fasse.

Burwick: Wir haben für Kunst, Wissenschaft und Schulen so viel übrig, daß man auch hier etwas tun kann.

Böbs glaubt, daß hier viele Leute vorhanden seien, die Zeit und Lust hätten, sich mit der Sache zu befassen. Die Verhältnisse in den Gängen seien unbedingt reformbedürftig.

Röhn erklärt, die Behörde für Wohnungsfrage habe die Schließung von Blohms Gang zum 1. April beschließen. Der Antrag Burwick wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

## Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.  
Von W. W. Jacobs.

(19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Frau Stobels Augen begannen sich zu vergrößern. „Ich fühle mich ganz wohl“, hauchte sie.

„Ja, Liebste“, sagte Frau Grot mit einem drohenden Blick auf ihren Gatten. „Gewiß, das wissen wir wohl. Aber eine Seereise würde Ihnen gut tun. Das können Sie nicht leugnen.“

Frau Stobel, die nach ihrem Taschentuche suchte, sagte mit zitternder Stimme, daß sie nicht die Absicht habe, das zu leugnen. Herr Stobel, an dem sich die energische Frau Grot jetzt wieder wandte, gab sofort zu, daß es seiner Frau gut tun würde, aber ihm durchaus nicht.

„Wir werden drei fidele Junggesellen sein“, erklärte er. Er stieß Herrn Grot an, um seine Aufmerksamkeit zu erregen und blinzelte ihm dann vorsichtig zu.

„O, wirklich!“, rief Frau Grot, sich steif aufrichtend; „aber Sie vergessen, daß ich mitkomme.“

„Dann also zwei fidele Junggesellen“, verjette der unergründliche Stobel.

„Nein“, sagte Frau Grot, den Kopf schüttelnd, „allein werde ich nicht mitgehen; wenn Frau Stobel nicht mitkommen kann, werde ich lieber zu Hause bleiben.“

Herr Stobels Miene heiterte sich auf, seinen Mund umspielte ein Lächeln und seine finsternen Augen blickten fast freundlich. In der Absicht, Herrn Grots Aufmerksamkeit auf das erfreuliche Resultat von etwas Festigkeit zu lenken, setzte er seinen Fuß auf die Zehen dieses Herrn und drückte sie herzhaf.

„Das ist der beste Platz für Sie“, sagte er zu Frau Grot. „Für Damen gibt es keinen besseren Platz als ihre Häuslichkeit. Sie können sich gegenseitig jeden Tag zum Kaffee einladen, wenn Sie wollen. Wirklich, es liegt kein Grund vor“ — er brach ab und blickte seine Frau an, als wenn er halbwegs fürchte, zu große Zugeständnisse zu machen — „es liegt kein Grund vor, warum sie nicht manchmal miteinander schlafen sollten.“

Er versorgte sich mit etwas Kuchen, und vor lauter Gutmütigkeit höflich gemorden, bot er auch Frau Grot davon an. „Merken Sie sich, ich gehe nur mit, wenn Frau Stobel mitgeht“, sagte Frau Grot, den Teller ungeduldig fortstößend; „dazu bin ich fest entschlossen.“

Herr Grot, der fürchte, daß es der Anstand erforderte, wagte einen schwachen — einen sehr schwachen — Einwurf.

„Und er“, fuhr Frau Grot mit strenger Stimme fort, durch ein Kopfnicken auf ihren Gatten wachend, „geht nicht ohne mich — nicht einen Schritt, nicht einen Zoll weit.“

Herr Grot kniete zusammen und starrte sie verzagt an. Herr Stobel legte beide Hände auf den Tisch, schob seinen Stuhl zurück und warf ihr häßliche Blicke zu.

„Das scheint mir doch —“ begann er.

„Ich weiß“, sagte Frau Grot, mit ziemlicher Schnelligkeit sprechend — „ich weiß genau, wie es Ihnen scheint. Aber so liegt die Sache. Wenn Sie wollen, daß mein Mann mitkommt, müssen Sie mich auch mitnehmen, und wenn Sie mich haben, muß auch Ihre Frau dabei sein und wenn —“

„Was, kommen da noch mehr von Ihnen?“ fragte Herr Stobel mit großer Bitterkeit.

Frau Grot überhörte die Frage. „Mein Mann würde nicht glücklich ohne mich sein“, sagte sie geziert. „Würdest du, Thomas?“

„Nein“, entgegnete Herr Grot, heftig schluckend.

„Wir machen aber eine lange Reise“, sagte Herr Stobel nach einer langen Pause.

„Je länger, desto besser“, entgegnete Frau Grot.

„Wir gehen unter die Wilden“, fuhr Herr Stobel fort, nach Grinsen lachend, „Kannibalen.“

„Die werden sie nicht fressen“, sagte Frau Grot, einen Blick über die armseligen Proportionen ihrer Freundin gleiten lassend, „nicht, so lange Sie dabei sind.“

„Ich möchte meine Frau nicht gern in Gefahr bringen“, meinte Herr Stobel mit mürrischer Schüchternheit; „ich hab — ich hab sie zu lieb dazu. Und sie verlangt auch gar nicht mitzukommen. Nicht Alice?“

„Nein“, sagte Frau Stobel gehorjam; „aber ich möchte gern deine Gefährten teilen, Robert.“

„Sag ja“ oder „nein“ ohne weitere Fragen“, kommandierte ihr Gatte, als er einen Zwischen ihr und Frau Grot ausgetauschten Blick auffing. „Willst — du — gern — mitkommen?“

Frau Stobel zitterte. „Ich möchte nicht gern verheiraten, daß Herr Grot mitgeht“, murmelte sie.

„Kümmere dich nicht um ihn“, sprach Herr Stobel.

„Willst — du gern — mitkommen?“

„Ja“, sagte Frau Stobel.

Ihr Gatte, der seinen Öhren kaum trauen wollte, starrte sie ganz bestürzt an. „Gut denn“, sprach er mit einer Stimme, die die Kaffeetassen klirren machte. „Komm mit!“

Er sah mit zusammengekniffenen Brauen da und starrte auf den Tisch, während Frau Grot, das Gesicht von einem Lächeln des Triumphes übergoßen, Segelstöße und andere Notwendigkeiten einer Dampfreise mit der zitternden Frau Stobel zu besprechen begann. Unfähig, dies länger zu ertragen, erhob er sich und lud Herrn Grot mit durchaus nicht

verlehdender Stimme ein, mit ihm im Garten eine Pfote zu rauchen. Herr Grot, sich zum Beweise zwei Sticks Kuchen nehmend, sagte, daß er noch nicht mit seinem Kaffee fertig sei. Zum Teil aus Mangel an Appetit und zum Teil wegen des Gesichtes, das Herr Stobel alle paar Minuten gegen das Fenster drückte, um ihn hinaus zu loden, kam er nur langsam vorwärts.

Die Angelegenheit kam am folgenden Tage zur Sprache, als sie mit Herrn Hagedorn nach Westerland hinunter fuhren, um den Ankauf des Schoners perfekt zu machen, wobei die Ansicht des letztgenannten Herrn so genau mit der des Herrn Stobel übereinstimmte, daß Herr Grot genötigt war, dieselbe Predigt zweimal anzuhören.

Unter solcher Strafe begann seine Stimmung sehr miserabel zu werden und besserte sich auch nicht eher, als bis sein Auge vom Fährboot aus auf die Masten der „Schön Emily“ fiel und auf die schneidige Gestalt Kapitän Busacks, der auf der untersten Stufe der Landungstreppe ihre Ankunft erwartete.

„Wir haben Glück gehabt, meine Herren“, sagte Busack mit heiserem Klüffern, während sie ihm die Treppe hinauf folgten. „Sehen Sie den Mann da?“

Er wies auf einen hageren, ruppig aussehenden Mann, der ein paar Meter abseits stand und sich zu stellen versuchte, als ob er sich ihrer prüfenden Blicke nicht bewußt sei.

„Peter Gumpel“, sagte Busack in demselben zufriedenen Klüffern.

Herr Stobel stets bereit, etwas anzusehen, wenn's nichts kostete, starrte den ruppigen Mann an und frante in den Winkeln seines Gedächtnisses. Der Mann schien ihm bekannt zu sein.

„Der Mann, der drei Dugend hart gekochte Eier in vier Minuten isst?“ fragte er mit einer unter solchen Umständen natürlichen Erregung.

Kapitän Busack starrte ihn an. „Nein, Peter Gumpel, der beste Steuermann, der je zur See fuhr“, sagte er prahlend. „Wir können von Glück sagen, daß wir die Chance haben, ihn zu kriegen, kann ich Ihnen sagen. Zu sehen, wie er die Matrosen behandelt, ist ein Genuß; zu sehen, wie er ein Schiff behandelt —“

Er brach ab und schüttelte den Kopf mit der Miene eines Mannes, der daran zweifelt, seinem Gegenstande die gebührende Gerechtigkeit widerfahren lassen zu können. „Dies sind die Herren, Peter“, sagte er, sie mit einer Handbewegung vorkellend.

Herr Gumpel zog seine Mütze, zupfte dann an einem kleinen Büschel rötlichbrauner Haare, der eine komische Ähnlichkeit mit dem Gewebe einer Zigarette hatte und am Ende seines Kinnes wuchs, reinigte seine Kehle und sagte, es wäre ein schöner Morgen.

(Fortsetzung folgt.)

Eingabe von Anwohnern der Ritterstraße, Nordstadt St. Lorenz, wegen 1. Legung einer dortigen Wasserleitung mit trinkbarem Wasser, 2. Legung einer abfließenden Stefanlage, 3. Legung einer Gasleitung bezw. Aufstellung von Gaslaternen.

Peter Pape erinnert an seine vorjährigen Ausführungen in dieser Angelegenheit und betont, daß die Baudeputation in einem Antwortschreiben diese Wünsche zugeben hat. Die Wasserleitung der 200 in Betracht kommenden Personen sei äußerst traurig. Das Wasser des Brunnens sei im Sommer total grau und die Anwohnern keine Möglichkeit gegeben, anderswo Wasser zu holen. Ein Stiel fehle auch. Dabei müßten die Leute 20 Mt. Abgaben bezahlen. Durch den Bahnbau sind die zwei vorhandenen Brunnen verlegt, da wäre es wohl angebracht, wenn die Lübeck-Büchener Bahn für die Wiederherstellung herangezogen würde. Der Senat möge recht bald für eine Aenderung sorgen und dafür, daß eine Wasserleitung gelegt wird. Ferner ersucht der Redner die Baudeputation, sich einmal das alte Haus bei der Ritterstraße anzusehen, aus dem unlängst ein Kind herausfiel und sich erheblich verletzte. Es sollte abgebrochen oder wenigstens die Fenster zugemauert werden, damit keine weiteren Unfälle eintreten. Redner ersucht, daß recht bald eine Wasserleitung gelegt oder wenigstens eine Pumpe errichtet wird.

Clasau unterstützt das Vorgebrachte. In der Ritterstraße wohnen 60 Familien aus einem Brunnen, Stiel ist nicht vorhanden. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die Wischstraße durchgeführt wird. Redner ersucht, die Eingabe dem Bürgerausschuß zur näheren Prüfung zu überweisen.

Peter Pape verbindet mit der Eingabe den Antrag, in Erwägung zu ziehen, daß in der Ritterstraße eine Wasserleitung, sei es Kunstwasser oder Pumpe, geschaffen werde.

Aug. Wape wünscht, nach dem Antrag Peter Papes zu verfahren. Wer schnell gebe, gebe doppelt. Auch die Verhältnisse in der oberen Ziegelsstraße seien reformbedürftig. Einmal seien die Gebühren zu hoch und dann müsse das Wasser weit hergeholt werden.

Nach einem Einwand des Vortragenden über die Antragsform wird ein von Clasau gestellter Antrag angenommen, wodurch der von Peter Pape erledigt ist.

18. Antrag: Aenderungen und Ergänzungen bestehender Anlagen im Hafen zu Travemünde.

Lüth berichtet über die Bürgerausschußhandlungen. Dr. Schömer habe dort einige Bedenken vorgebracht. Er habe ausgesprochen, daß die drei ersten Positionen drittelt seien von zu hartem nationalen Herzschnal. Weiter seien Bedenken nicht angeführt worden. Mit dem Besuch der Jagdfreunde seien auch geschäftliche Einnahmen verbunden, die man nicht missen möchte. Der Hafen, wie er heute bestehe, sei für die Aufnahme weiterer Jachten nicht ausreichend, der Platz für die Handelschiffe in Travemünde ebenfalls sehr beengt. Der gute Ruf des Hafens erfordere, die notwendigen Plätze zu schaffen, die die Schiffahrt verlange.

Lüth hält eine Jachthafenvergrößerung für notwendig. Die Ergänzungen in Travemünde kosten sehr viel Geld, auch deswegen, weil ein einseitiger Mierplan fehle. Schiffe, die Travemünde beim Sturm anlaufen, können nicht in den Jachthafen gelangen, der auch für große Jachten nicht tief genug sei. Ein Torpedohafen sei sehr notwendig, da die Torpedobooten großen wirtschaftlichen Vorteil brächten. Redner ersucht um Einlegung einer Kommission, die sich den Jachthafen einmal genau ansieht. In den Senat stellt Redner die Frage, ob die Fischer, die in der Gesellschaft sind, bei der Platzanweisung im Hafen bevorzugt werden.

Senator Straß hält den Jachthafen für gut, die Vorläufe von Böden würden zu viel Geld kosten. Es sei alles geschieden, was geschehen konnte. Die Fischereifrage sei Sache des Polizeiamtes.

Lüth zerlegt die Bedenken, die Böden vorgebracht hat. Böden glaubt wohl, daß die Jachthäfen damit einverstanden seien, da sie die Aenderung ja nicht bezahlen müßten. In zwei oder drei Jahren werde man wieder mit Aenderungen kommen.

Dr. Schömer: Jede Vorlage bringt Neues für Travemünde. Die Einwände des neuen Staditeils können mit der Verbesserung der Verhältnisse zufrieden sein. Wir haben gerne mitgemacht, soweit es sich um Besserung der Erwerbs- und Gesundheitsverhältnisse handelte. Hier werden nur 15 000 Mark von dem Verlangen zu diesem Zwecke benutzt, das andere wird für das Vergnügen der oberen Zehntausend ausgegeben. Da müssen wir doch überlegen, ob wir dafür Geld ausgeben wollen. Herr Böden hätte schon an, daß gerade die Jachthäfen nichts für das zu Schaffende bezahlen, denen ein Gehalt von 24 000 Mark für bessere Liegenplätze geboten wird. Genau so steht es mit der Position 1, die nur dem Wunsch eines einzelnen Mannes dient. In der Begründung wurde dieses Moment so hervorgehoben, daß ich wirklich glaube, praktische Gründe liegen nicht vor, sonst hätte man sie angeführt und nicht bloß das geschäftliche Herz. Wenn die Kaiserliche draußen liegen bleibt, ist den Juristenschreibern bessere Gelegenheit zur Betätigung geboten.

Schad: Travemünde ist uns ein teures Kind. Lassen Sie uns erst mal das Konversationshaus verschmerzen, bevor Sie die jetzt geforderten Summen bewilligen. Kommissionsberatung ist dringend notwendig.

Senator Dr. Siobis weist auf die von 1901 bis heute von 15 000 Mt. auf 42 000 Mt. gekletterte Einkommensteuer hin, die dafür spreche, daß für Travemünde etwas getan werden müsse.

Böden hebt zu der schnellen Bewilligung keine genügende Begründung.

Wenn Wape erkennt in der Vorlage keine patriotischen, sondern praktische Erwägungen, die die Herren von der Linken vermissen. Der Hafen müßte doch bald angeschlagert werden, um die Handelschiffe aufzunehmen. Eine Kommissionsberatung werde kein anderes Ergebnis zeitigen.

Grana: Der Verkehr ist bedeutend gestiegen, als die „Hohenzollern“ im Hafen ankerte, statt auf der Reede. Gerade die mittleren Erwerbsstände würden dadurch Vorteil haben. Das von Schad angeführte Konversationshaus habe mit den Hausanlagen gar nichts zu tun. Was heute für Travemünde gälte, komme auch der Stadt Lübeck zugute.

Schad fragt, wieviel wir in den letzten 14 Jahren in Travemünde hineingehört haben, und ob sich dieses rentieren habe. Kommissarien hätten dem Staate mitunter viel Geld gekostet. Man sollte der Bürgerchaft nicht immer die Pistole auf die Brust setzen.

Senator Straß ersucht, von Kommissionsberatung abzuziehen. Böden verzicht eine solche.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

19. Antrag: Siebverbesserungen in den Vorstädten St. Lorenz und St. Jürgen, sowie in der Straße Ader Mauer.

20. Antrag: Erweiterung der Betriebseinrichtung des Lübeckischen Elektrizitätswerkes.

Beide Entwürfe werden beibehalten genehmigt.

21. Antrag: Errichtung einer vierten Betriebskassistentenstelle bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken.

Aug. Wape erinnert an die Verwaltungsreform, von der man nicht hat, wohl aber habe die Bürgerchaft längst neue Wünsche zu besprechen. Der Weg der alten Gas-

anstalt in der Möllinger Allee könnte in Zukunft besser und die dortigen Beamten anderweitig verwendet werden. Redner stellt den Antrag auf Kommissionsberatung.

Senator Straß kann einen Zusammenhang der Verwaltungsreform in Verbindung mit der heutigen Vorlage nicht sehen. Die Gasanstalt I brauche man als Reserve.

Schneider empfiehlt die Vorlage, die nur eine Umwandlung in eine feste Stelle vorsehe, was stets zu begünstigen sei. Redner fragt wie hoch das Einkommen sei.

Senator Straß: Gegenwärtig 2700 Mt.

Aug. Wape hält diese Reserve für überflüssig, da wir ja das Hochwasser hätten.

Senator Straß: Ohne weiteres kann diese Gasanstalt nicht aufgehoben werden. Doch hat die geforderte Besamtenstelle mit dem Weiterbestehen der Gasanstalt nichts zu tun. Eine finanzielle Belastung tritt nur durch die Personberechtigung ein.

Aug. Wape wendet sich wiederholt gegen die Aufrechterhaltung derartiger Reserven, da müßte man ja alles doppelt anschaffen.

Dr. Weyke hält die Gasbehälter der alten Gasanstalt für dringend notwendig. Sobald werde man jene Gasanstalt nicht aufgeben können.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen, Kommissionsberatung abgelehnt.

22. Antrag: Anstellung eines Arztes für die mit Radium zu behandelnden Kranken am Allgemeinen Krankenhaus.

Dr. Ziehl erhebt über verschiedene Punkte um Auskunft vom Senat und erinnert an seine Ausführungen beim Beschluß des Radiumkaufs. Ein Arzt, der sich noch nicht mit Radium beschäftigt habe, könne damit in einem öffentlichen Krankenhaus kaum umgehen. Soll die Stellung des Arztes selbstständig sein, oder soll er mit 4000 Mark Gehalt noch Privatpraxis ausüben? Sollen ferner die Erst- und Zweitklassigen Patienten den Arzt besonders bezahlen? Jedenfalls muß der Arzt gehalten werden, da die Heilung sich auf Jahre erstreckt und ein Wechsel deshalb ungünstig wirken würde.

Senator Straß: Die Einrichtungen sollen erst bestellt werden, wenn ein tüchtiger Arzt angestellt ist. Der Arzt muß eine besondere Stellung einnehmen. Die Lieferung des Radiums beginnt im Mai und endet im September. Ausgeschlossen ist nicht, daß später noch ein Assistenzarzt angestellt werden muß. Mit 4000 Mt. kann für die erste Zeit ein Arzt gewonnen werden. Er darf weder Privatpraxis ausüben noch besonders Honorar fordern.

23. Antrag: Verbesserung des Betriebes auf der Martiabahn.

Hahn erhebt den Antrag in zwei Teile zu zerlegen, den einen zu bewilligen, den andern aber einer Kommission zu überweisen. Die Wünsche nach Verbreiterung der Straße werden sofort kommen, wenn die Straßenbahn gelegt ist. Die in der Pfaffenstraße diese Forderung gekommen sei, so werde sie auch hier nicht ausbleiben. Wenn sich die Linie 13 so schlecht rentiere, sollte man sich bedenken, so große Kosten dafür aufzuheben.

Senator Straß hat gegen eine Kommissionsberatung des einen Teiles nichts einzuwenden. Die Ersparung trete erst ein, wenn die Linie abgeferzt werde. Ideale Zustände würden durch die neue Linie nicht geschaffen, wie ja die bisherigen Verhältnisse solche ausschließen, aber eine bedeutende Verbesserung werde erreicht.

Stellung: Ich bitte, dem Senatsantrag zuzustimmen. Die Verlängerung der Weichen ist notwendig, man muß sich aber fragen, ob es nicht zweckmäßiger ist, mit der Linie 8 ganze Arbeit zu machen und sie zweigleisig auszubauen. Heute stoßen die Weichen beinahe zusammen. Wenn wir doch zum zweigleisigen Ausbau übergehen müssen, dann ist es besser jetzt gleich, wir ersparen uns dadurch Kosten. Die Fuß- und Waffensstraße können selbstredend nicht davon berührt werden. Der Senat hat vollkommen recht, wenn er die Durchführung der Waffensstraße nicht ideal nennt, aber die dagegen erhobenen Bedenken sind nicht schwerwiegender Art. Gewiß wird der Fuhrwerksverkehr gehemmt, Fuhrherren und Kutscher klagen nicht mit Unrecht, daß die Waffensstraße den Verkehr mit der Stadt kaum noch erlaubt. Die obere Hülsstraße ist aber in den Vormittagsstunden schon so belastet, daß kein Wagen mehr durchkommen kann. Die Wagen von Weiners und Kayser lassen kaum noch einen anderen Wagen durch. Auch die Fleischhauer- und Johannisstraße sind stärker befüllt. Durch die Pfaffenstraße kann ein durchgehender Verkehr nicht stattfinden. Hier sollte man den Fuhrwerksbesitzern entgegenkommen und endlich durchführen, was wir früher indirekt beschlossen, als wir die Häuser der einen Seite der Pfaffenstraße ankaufen: an die Niederreihung herangehen. Es belastet uns nicht so außerordentlich stark. Die Pfaffenstraße muß sobald als möglich erweitert werden. Damit man für die Waffensstraße Ersatz findet. In bezug auf die Schutzvorrichtungen muß die Straßenbahnverwaltung dafür Sorge tragen, daß den Fuhrwerken deutlich sichtbar ist, von welcher Seite die Bahn kommt. Ich habe in Breslau z. B. an einer Vierkreuzung solche vorzügliche Warnungsschilder gesehen, die, wie mir ein Straßenbahnfahrer erklärte, natürlich kein Lübecker (Weiterkeit!), jede Schwierigkeit mit Fuhrwerken aus dem Wege räumen. Den Fuhrherren müßten die Farben bekannt gemacht werden. Ich bitte Sie, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Linien 13 und 11 zu verschmelzen. Für die Verbesserung des Verkehrs müssen wir kleine Schwierigkeiten auf uns nehmen. Erlauben Sie ohne Kommissionsberatung der Vorlage zu. (Allgemeine Zustimmung.)

Senator Straß: Es ist selbstverständlich, daß Lichtsignale aufgestellt werden. Zwischen Ziehens- und Mollkestraße werden die Weichen verbunden.

Stellung: In der Hülsstraße sind die Lichtsignale, weil sie zu spät erscheinen, von einem herankommenden Wagen nicht von weitem zu erkennen, dadurch können bei trübem Wetter leicht Unfälle entstehen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Signale längere Zeit vor dem Herannahen des Straßenbahnwagens sichtbar sind.

Lüth hofft, daß eine Sperre für die Waffensstraße nicht geplant ist.

Dem Senat wird dies befragt.

Hahn zieht seinen Antrag, weil ausfruchtlos, zurück.

Schad nimmt ihn auf.

Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag endgültig angenommen.

Gewährung einer Beihilfe an den Verein der Musikfreunde für die Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916.

Lüth: Wir von der äußersten Linken sind immer bereit gewesen, für Zwecke der Kunst das zu bewilligen, was unter kleinen Staatsverhältnissen irgendwo zu leisten imstande ist. Vor drei Jahren hatten wir uns mit derselben Frage zu beschäftigen und es ist damals von uns zum Ausdruck gebracht worden, daß das Verlangen die angerechte Grenze dessen, was Lübeck für seine Kunst ausgeben könne, bereits überschreite. Wir wiesen darauf hin, daß die Forderung des Vereins der Musikfreunde eine Schranke ohne Ende sein würde. Diese Behauptung ist leider jetzt zur Tatsache geworden. Jene Forderung wurde damals von allen Seiten als des Außerordentlichen angesehen, was der Verein verlangen konnte. Sie wird heute in ganz erheblicher Weise überschritten. Dazu können wir

unsere Zustimmung nicht mehr geben, schon um deswillen nicht, weil dann, wenn es sich um Ausgaben für soziale Zwecke handelt, die Bürgerchaft sehr häufig falsche Sparlichkeit walten läßt. Als von uns der Antrag gestellt wurde, für Kinder, die kein warmes Frühstück und Mittagbrot zu Hause erhalten, die Schulspeisung einzuführen, wurde die Forderung abgelehnt mit der Begründung, dafür sei kein Geld vorhanden. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) Bei der Forderung einer Arbeitslosenversicherung und Fürsorge für die Arbeitslosen wurde gleichfalls betont, daß unsere Mittel dafür nicht ausreichen. (Zuruf Henk: Sehr richtig!) Nun, Herr Henk, Sie werden dem auch gegen diese Vorlage stimmen müssen. (Zuruf Henk: Jawohl!) Es wird gewünscht, daß wir im Interesse Lübeds ein gutes Orchester halten sollten. Wir haben zweifellos in Lübeck ein erstklassiges Orchester. Aber wir müssen doch die Frage aufwerfen, ob wir in allen Dingen, die nicht absolut notwendig sind, immer das Beste haben können. Ich meine, für unser kleines Staatswesen ist dies nicht möglich, wir sind finanziell nicht so gestellt, uns stets das Beste zu leisten, da müssen wir Sparlichkeit walten lassen. Für unser Theater geben wir mehr, als es sich eine Stadt von der Größe Lübeds leisten kann. (Zuruf: Sehr richtig!) Es ist ein großer Irrtum, wenn heute in einem hiesigen Blatte gesagt wird, wir zahlten nur 25 000 Mark. Außer der Verzinsung sind es 125 000 Mark, was wir an Zuschuß ausgeben. Hier geht noch erhebliche Summen zu bewilligen, halten wir für falsch. Vielleicht können aber andere Maßnahmen getroffen werden, um den Wünschen nach einem guten Orchester zu entsprechen und den Interessen Lübeds zu dienen. Theater und Orchester können ein wenig näher miteinander verbunden werden, als es bisher der Fall war. Zurzeit ist das Theater Abnehmer des Vereins der Musikfreunde, wiewohl das Theater an 4-5 Abenden wöchentlich das Orchester in Anspruch nimmt und dieses nur einmal konzertiert. Deshalb erscheint es richtiger, daß der Verein der Musikfreunde seine Konzerte durch das Theaterorchester ausführen läßt. Damit wird dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche der Verstaatlichung entgegengekommen. Das Theater ist im wesentlichen ein städtisches Institut. Allerdings wird das Orchester im jetzigen Umfang wohl nicht ständig aufrechterhalten werden können. Es ist aus finanziellen Gründen ausgeschlossen, 52 Mann ständig anzustellen. Größere, leistungsfähigere Städte haben auch nur 42-44 Musiker. So sehr ich ein Freund guter Musik bin, stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß wir uns nach der Decke strecken müssen und ein städtisches Orchester halten, wie ich es angeordnet habe. Im neuen Vertrag wird das Gehalt des Kapellmeisters mit 7000 Mark aufgeführt. Ich halte dies nicht für zu hoch. Es ist mir bekannt, daß im nächsten Winter der Kapellmeister auch eine erhebliche Tätigkeit am Theater ausüben soll. Wird nun das ausgelegte Gehalt für die volle Arbeitskraft des Kapellmeisters gezahlt? Oder bleibt ihm noch so viel Zeit, um Wagneropern im Theater zu dirigieren und wird hierfür besonders honoriert? Ueber diese Frage muß hier gesprochen werden. Mit großem Bedauern habe ich gesehen, daß die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit die Zahlung des Zuschusses eingestellt hat, ob dauernd, weiß ich nicht. Aber es ist für mich ein Zeichen, daß sich die Gesellschaft sagt, jetzt ist das Orchester da, nun läßt die Kosten den Staat übernehmen. Wenn die Gemeinnützige Gesellschaft nicht bezahlt, wird es der Staat tun müssen. Die Bürgerchaft der Vorstandsmitglieder für die finanzielle Leistung des Musikvereins ist gestrichen worden. Ich bitte die Gründe, die dafür maßgebend waren, uns vorzutragen. Dann ist aus der Vorlage auch nicht recht zu ersehen, ob der Philharmonische Chor sehr erhebliche Mittel erfordert oder sich selbst erhält. Es wäre zu bedauern, wenn für die Angliederung dieses Chors an den Musikverein etwas aus Staatsmitteln bezahlt werden müßte. Zu begrüßen wäre es, wenn reiche Mitbürger, die Musikfreunde sind, sich das Beispiel anderer Städte bei den Partivalaufführungen zu eigen machten und einen Beitrag zu den Kosten des Orchesters bezahlten. Das Beispiel, große Summen für diese Kunstzwecke aus privaten Mitteln beizusteuern, sollte auch hier in Lübeck nachgeahmt werden. Senator Woschell hat ja für manche Zwecke große Summen geopfert, es gibt aber noch mehr reiche Leute, die so tun, als ob sie für Kunst recht viel übrig hätten. Nun sollen sie in die eigene Tasche fassen und die Kosten aufbringen, die jetzt vom Staate für diese Zwecke aufgebracht werden müssen. Wir können diese sich immer vermehrenden Ausgaben nicht bewilligen, eine Aenderung muß einmal eintreten. Wir sind geneigt, das für die Kunst zu bewilligen, was wir leisten können. Aber die Vorlage geht über Lübeds Kräfte. (Beifall bei den Soz.)

Behn sieht in der Mehrzweckordnung nur eine ganz geringe Summe, so daß man nicht von einer Schraube ohne Ende sprechen könne. Es handle sich nur um 1500 Mark. Das Gehalt sei für jeden Musiker um 100 Mark erhöht worden, gewiß das Bescheideste, was man einem Musiker geben könne. Bedenke man ferner, daß jeder Musiker durch die Reichsversicherungsordnung jährlich 117 Mark bezahlen müsse, dann habe man gewiß nicht weniger bieten können. Die gestrichenen 2000 Mark wolle der Verein aus den Mitgliedern herausholen.

Mantau ersucht um Kommissionsberatung. Einreihen wolle niemand etwas, sondern weiterbauen, aber die Höhe der Summe gebe zu denken. Was für Theater und Musik angewendet werde, gehe über den Rahmen unserer Leistungsfähigkeit. Mit der Kurfapelle gebe Lübeck rund 200 000 Mark für Theater und Musik aus, dagegen konnte dem Verein der Bücher- und Leschalle nicht das Geringste gegeben werden, die Schwimmhalle sei noch in der Schwebelose. Heute sei der Zeitpunkt gekommen zu fragen, ob es möglich sei, das Verhältnis zum Verein der Musikfreunde auf eine andere Basis zu stellen. Das Orchester sollte man dem Theaterdirektor unterstellen. Ohne dem Musikverein zu nahe zu treten, könne man das jetzige Verhältnis nicht als ideal anerkennen. Unstimmigkeiten zwischen Orchester und Theater ergäben sich heute aus der Zwitterstellung. Beim Unterstellen unter den Theaterdirektor könnte dieser viel besser disponieren und theatergeschwächte Abende anders ausüben, während er sich heute nach dem Orchester zu richten habe. Trotz Kommissionsberatung würde der Vertrag zum 1. April nicht gekündigt werden. Der Bürgerchaft müsse man doch Zeit zur Prüfung lassen. Redner stellt ferner ein Ersuchen, den Vertrag vorläufig nur auf ein Jahr abzuschließen und darin 45 000 Mark Zuschuß zu bewilligen.

Senator Dr. Lienau hebt die allgemeine Anerkennung hervor, die dem erstklassigen Orchester in der Bürgerchaft gezollt wurde. Er glaubt aber, daß die Verstaatlichung viel teurer zu stehen kommen würde, schon mit Rücksicht auf die Verhältnisse. Wenn das Orchester verstaatlicht oder dem Theaterdirektor unterstellt würde, dann seien auch die 10 000 Zuschuß von privater Seite weg, denn Private würden in diesem Falle nichts mehr beisteuern, sondern alles vom Staate verlangen. Die angebotenen Unstimmigkeiten, die überall vorkämen, wo mehr Menschen zusammenarbeiteten, hätten hier beim Musikverein noch niemals zu einer Beeinträchtigung der Leistungen des Orchesters geführt. Lübeck könne nur auf dem vorgeschlagenen Wege sein gutes Orchester erhalten. Auf gute dauernde Verhältnisse müsse man halten, und diese schaffe man durch Annahme der Senatsvorlage.

Berlin, 2. März.

225. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: K. S. H. n., K. r. a. e. t. t. Zunächst werden gemäß dem Antrage der Kommission eine Reihe von Petitionen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Es folgt die erste Lesung der Novelle zum Beamteneinsatzgesetz. Dr. Spahn (Z.) beantragt die sofortige Überweisung der Vorlage an die Kommission.

Das Haus beschließt demgemäß; ebenso wird ein Nachtragsetat für die Schunggebiete sofort an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Postetats.

Schulz (S.): Die starke wirtschaftliche Depression, deren schlimme Folgen die Regierung bei der Arbeitslosen-Debatte zu beschönigen versuchte, hat beim Postetat eine erheblich geringere Steigerung der Einnahmen aus Porto- und Telegrammgebühren bewirkt, wie im Vorjahre. Der Überschuss beträgt deshalb 12 Millionen weniger. Immerhin sind noch 100 Millionen Mark überschüssig erzielt worden. Die Herauswirtschaftung so hoher Überschüsse ist gleichbedeutend mit einer indirekten Steuerbelastung. Wir haben die das ganze Postwesen beherrschende fiskalische Erwerbspolitik immer bekämpft, haben immer die Auflassung vertreten, daß die Post lediglich den Verkehrsinteressen zu dienen hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Überschüsse sollen in mäßigen Grenzen gehalten und zum Ausbau des Verkehrs sowie zu einer mühseligen wirtschaftlichen und sozialen Fürsorge für die Angehörigen benutzt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Auf beiden Gebieten liegt heute noch vieles im Argen. Nur eine Neuerung kommt im Etat zum Ausdruck, man will durch Einführung von Postparaffin in Deutsch-Ostafrika den Sparfuss der farbigen Arbeiter fördern. Die Hauptfrage ist aber, daß die farbigen zunächst einmal wirtschaftlich zu gestellt werden, daß sie überhaupt in die Lage kommen, sparen zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die angekündigte Ankündigung von Postkreditbriefen halten wir für erwünscht. Es liegt aber die Befürchtung nahe, daß man auch bei dieser Einrichtung reichlich bürokratisch verfährt. Es sollte daher dem Reichstag Gelegenheit gegeben werden, sich vorher zu den Einzelheiten zu erklären, zumal sie gedacht sind in Verbindung mit dem Postkreditwesen, mit dem wir uns sowieso bald zu beschäftigen haben werden. — Die Umwandlung der Landbestellbezirke in Ortsbestellbezirke bleibt vielfach hinter der städtischen Entwicklung zurück. So hat zum Beispiel ein Stadteil von Lübeck noch keine Landbestellung. (Hört, hört! bei den Soz.) Die beteiligten kleinen Beamten und Arbeiter treten die damit verbundenen höheren Gebühren natürlich besonders schwer. Ferner ist Beschwerde zu erheben über die Einschränkung der Beförderung von Paketen mit Schnellschiffen. Das soll auf Verlangen der Eisenbahnverwaltung gesehen sein. Wenn auf Zwischenstationen das Verladegeschäft bei Schnellschiffen möglichst eingeschränkt wird, so ist das begreiflich, aber diese Maßnahme auszudehnen auch auf die Anfangs- oder Endstationen ist unbillig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Besonders gefast wird über den Paketverkehr in Frankfurt a. M. Der abends 11 Uhr über Kassel nach Berlin fahrende D-Zug hat früher immer die am Abend aufgekommene Paketpost nach Berlin befördert. Es geschieht heute nicht mehr, und die Folge ist, daß die Pakete fast einen ganzen Tag später ankommen. (Hört, hört!) Der Verkehr von Frankfurt nach dem Rheinland soll auch sehr schlechtes sein. — Dann bedürfen die gesetzlichen Bestimmungen über die Beförderung von Tageszeitungen dringend der Reform. Das Gesetz über das Postwesen stammt aus einer Zeit, wo das Zeitungswesen noch im Entstehen begriffen war und die Bestimmungen der §§ 1 und 2 lassen sich mit dem hochentwickelten Stand des heutigen Zeitungswesens nicht mehr vereinbaren. Die Grenze von zwei Meilen Entfernung vom Ursprungsort innerhalb deren die Zeitungsbeförderung dem Postweg nicht unterliegt, ist heute viel zu eng geworden. Die direkte Beförderung, die im Umkreise des Entstehungsorts großer Zeitungen erfolgen muß, wenn der Leser sie rechtzeitig erhalten soll, wird außerordentlich erschwert. Der im Gesetz vorgesehene Expressdienst erhält eine Auslegung, die den Zeitungen fast eine finanzielle Opfer auferlegt. Besonders schlimm liegen die Dinge bei solchen Zeitungen, bei denen Druck und Verlagort getrennt ist. Trotz aller Auslegungskünste lassen sich die gesetzlichen Bestimmungen heute garnicht mehr ausführen. Die Folge ist eine große Unklarheit, so daß sich selbst die Postbehörde vielfach nicht mehr zurechtfindet. So hat z. B. 1911 unser Vöppinger Parteiblatt seinen Versand nach einem Vorschlag der dortigen Postbehörde eingestellt. Wegen dieser Regelung aber ist der Verlag wegen Wortshinterziehung angeklagt worden, und wurde vom Landgericht in Stuttgart zu einer Geldstrafe von 30 000 Mk. verurteilt. (Hört, hört!) Das Reichsgericht hat zwar das Urteil wieder aufgehoben, aber der Vorgang ist bezeichnend für das rechtliche Durcheinander auf diesem Gebiet. Es ist höchste Zeit, daß die Postverwaltung hier Abhilfe schafft. Ein weiteres berechtigtes Verlangen der Presse geht auf die Herabsetzung der Gebühren für Presselegamine. Hier steht Deutschland hinter fast allen Kulturländern, selbst hinter dem kleinen Belgien zurück. Im Verkehr zwischen Belgien und Frankreich beträgt die Vorklage für Presselegamine nur 6 1/2 Pf., während wir für Legamine nach den Niederlanden oder Frankreich 10 Pf. bezahlen müssen. Ein guter Nachrichtenendienst der Presse ist von großem politischen Wert. Der Widerstand der Reichspostverwaltung gegen die Gebührenherabsetzung beruht daher auf einer Verleugnung wichtiger politischer Interessen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gut bedacht haben sich die allerdings nur versuchsweise eingeführten Brieflegamine, doch sollten sie auf alle Orte ausgedehnt werden, wo ein Bedürfnis dafür besteht, und nicht nur um 7 bis 12 Uhr abends ausgeliefert werden können. In Belgien werden Brieflegamine zu allen Stunden auf allen Postanstalten des Landes angenommen. Auch in dem internationalen Brieflegaminverkehr sind wir hinter anderen Ländern zurückgeblieben. Belgien hat sogar Brieflegaminverkehr mit den Vereinigten Staaten und Kanada. — Notwendig ist weiter die Einführung eines niedrigen einheitlichen Weltportos. Aber diese Frage besteht schon eine eigene Literatur. Die Forderung ist in allen Kulturländern heute populär. Fast die Hälfte aller Briefe im Weltpostverkehr werden schon heute zum Inlandporto befördert infolge einer großen Zahl von Sonderverträgen. Die Folge ist aber eine große Unannehmlichkeit der ungenügend frankierten Sendungen und eine Belastung des Erwerbslebens. Die deutschen Vertreter auf dem demnächst stattfindenden Weltpostkongress sollten deshalb für eine Ermäßigung und vor allem eine einheitliche Regelung des Weltportos eintreten. Ein Einnahmeausfall ist davon nicht zu erwarten, weil bekanntlich Verkehrserschwerungen immer Verkehrserleichterungen mit sich bringen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ist doch der telegraphische Verkehr mit Rußland und

dem fernem Osten ganz beträchtlich größer geworden, weil im vorigen Jahre eine Ermäßigung der Telegrammgebühren nach dort eingeführt worden ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Was die Zaberer Postaffäre anlangt, so hat der Staatssekretär in der Kommission eine recht merkwürdige Stellung eingenommen. Oberst Reuter hatte vor dem Kriegsgericht in Straßburg bekanntlich behauptet, daß ihm von der Post in Zabern alle Schmähkarten zugestellt, dagegen Zustimmungskarten vorenthalten worden seien. Damit erhob er gegen die Postverwaltung den schweren Vorwurf des Amtsverbrechens. Die Postverwaltung hat die Mitteilungen über diese Aussage in der Presse sehr ernst genommen und eine Untersuchung eingeleitet und das Ergebnis postamtlich der Presse mitgeteilt. Darin heißt es, daß einzelne Sendungen mit erkennbar beleidigendem Inhalt allerdings in der Post des Dienstes der Aufmerksamkeit des Personals entgangen seien. Diese Fälle seien aber im Hinblick darauf, daß viele Hunderte von Schmähkarten in Zabern als unzulässig erkannt und zurückgeliefert worden seien, als vereinzelt zu betrachten. (Hört, hört! bei den Soz.) von den Zustimmungskarten seien nur zwei wegen eines Zweifels über die Zulässigkeit eines darin enthaltenen Ausdrucks zunächst beanstandet worden, beide aber, die eine ganz ohne Verzögerung, dem Empfänger ausgehändigt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Damit fiel aber der schwere Vorwurf der Briefunterschlagung sofort glatt zu Boden. Es bleibt übrig, die kaum erwähnenswerten Tatsache, daß dem Oberst einige nicht ganz einwandfreie Postkarten ausgeliefert worden sind. Dabei ist aber zu beachten, daß das sonst sehr ruhige und kleine Postamt in Zabern in jenen Tagen mit Briefsendungen geradezu überschwemmt worden ist. Oberst v. Reuter hat in jenen Tagen allein etwa 15 000 Zuschriften erhalten. Es ist selbstverständlich, daß auch bei genauer Prüfung einige Postkarten unterlaufen konnten, die geeignet waren, das zartbesaitete Gemüt des Herrn Oberst zu erregen. Wenn sind im übrigen nicht schon solche Postkarten ausgeliefert worden! (Zuruf b. d. Soz.: Jeden Tag.) Z. B. in der Zeit, als mein Parteifreund Scheidemann noch den Präsidentschaftskampf zierte (Sttt.), ist er damit überaus reichlich bedacht worden. Wegen eines solchen Vorwurfs gegen die Postverwaltung oder Postbeamte heranzuleiten, blieb dem Oberst Reuter vorbehalten, dem Herrn, der es mit seinem Feingefühl vereinbaren konnte, einen Bürger, weil er vor ihm die Waise nicht zog, Lump zu schimpfen. (Hört, hört, bei den Soz.) Man hätte demnach annehmen müssen, daß die Postverwaltung ihre Beamten gegen diese ebenso schweren wie haltlosen Anschuldigungen in Schutz nehmen würde. Aber die Postverwaltung war schnell befriedigt, als der Herr Oberst sie zu der Erklärung ermächtigte — so sagte der Staatssekretär in der Kommission — er habe nicht die Absicht gehabt, sie zu beleidigen. Von dieser gnädigst gewährten Ermächtigung hat die Postverwaltung weitestgehenden Gebrauch gemacht. Damit war für den Herrn Oberst die Gefährdung erledigt. Gegen die Postbeamten aber, die das Zurückziehen des gewaltigen Herrn verursacht hatten, wurde eine Untersuchung eingeleitet, und der Staatssekretär hat in der Kommission mit Nachdruck erklärt, daß ihre Bestrafung in Aussicht genommen sei. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Ungeheuerlichkeit dieser Erklärung hat in weiten Kreisen Kopfschütteln erregt. Die Postverwaltung ist offenbar besetzt, es der Zaberer Militärjustiz gleich zu tun. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sonst ist die Postverwaltung gegen jede Kritik aus dem Publikum stets außerordentlich empfindlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Besonders gegen sozialdemokratische Kritiker wird meist kurzerhand der Staatsanwalt mobil gemacht, bei viel unwichtigeren Dingen. Aber hier, wo es sich um völlig unbegründete Vorwürfe, allerdings eines Mannes handelt, der der Welt aber echtpreussischen Geistes ist, schlägt die Postverwaltung jenseits der Hasen zusammen und nimmt die Kritik mit der Hand an der Hosennaht entgegen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die zu Unrecht schwer angegriffenen Beamten gibt man geradezu käuflich preis. (Vizepräsident Dove bittet den Redner, sich in seinen Ausdrücken der Postverwaltung gegenüber zu mäßigen.) Jedenfalls müssen wir gegen ein solches Verfahren mit aller Entschiedenheit protestieren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Damit komme ich zu den Personalfragen. Die Wünsche des Personals behandelte die Verwaltung mit größter Nichtachtung. Zahlreich läßt sie sie vergeblich auf Beantwortung ihrer Eingaben warten. (Hört, hört! bei den Soz.) Den Beamten der Post- und Telegraphengehilfen ist bei seiner Zulassung ausdrücklich zur Bedingung gemacht worden, daß er dem Reichstag keine Petitionen unterbreite. (Hört, hört!) Wir verlangen die Schaffung von Beamtenauschüssen, damit die Beamten der Behörde gegenüber direkt ihre Wünsche vertreten können. Die Wartezeit der nicht statmäßig angestellten Aspiranten ist von 3 auf 5 Jahre gestiegen, Unterbeamte müssen jetzt sogar 12 bis 13 Jahre auf Anstellung warten, in ländlichen Bezirken unter Umständen 22 Jahre. (Hört, hört!) Den aus dem Telegraphenarbeiterverhältnis hervorgegangenen Unterbeamten sollten die Arbeiterjahre auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden. Die Bestimmung in der Dienstausweisung der Beamten, daß sie in der dienstfreien Zeit ohne Erlaubnis der Behörden ihren Amtsort nicht länger als 12 Stunden verlassen dürfen, ist in der heutigen Zeit gar nicht mehr kontrollierbar und wird zur Schikane gegen unentbehrliche Beamte, die in ihrer freien Zeit für ihre Organisation agitieren, benutzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die unkündbare Anstellung der Post- und Telegraphengehilfen, die in Bayern und Württemberg längst erfolgt ist, sollte auch im Reich endlich durchgeführt werden. Wir verlangen rechtliche Gleichstellung der Beamtinnen mit den männlichen Beamten. Die weiblichen Hilfskräfte bei den Postämtern III, die den gesamten Schalterdienst zu versehen haben, werden zum Teil mit monatlich 30 Mk. entlohnt. Das ist eine Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, deren sich das Reich schämen muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Dienstentlohnungen sind in erstaunlicher Weise trotz der wiederholten Abschaffung durch den Reichstag wieder eingefügt. Die Behauptung, sie hätten nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Charakter, ist widerwärtig, denn die Lebensverhältnisse im Osten sind billiger als in anderen Gegenden. Viel wichtiger wäre, daß gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamten, an Stelle einer einseitigen fiskalischen Erwerbspolitik eine großzügige tatkräftige Sozialpolitik gesetzt wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Kräfte: Ich protestiere dagegen, daß ich meine Beamten gegenüber der Beschwerde des Oberst v. Reuter kläglich preisgegeben hätte. Der Oberst hat keineswegs die Postbeamten des Amtsverbrechens und der Unterschlagung beschuldigt. Die Tatsachen, die er erwähnt hat, sind richtig. Die Untersuchung hat ergeben, daß Karten mit sehr pöbelhaftem Inhalt bestellt worden sind, die bei etwas mehr Aufmerksamkeit hätten zurückgestellt werden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Besonders merkwürdig ist, daß diese Vorwürfe wegen angeblicher Beleidigung der Beamten von sozialdemokratischer Seite kommen, von der häufig die schwersten Anschuldigungen gegen Beamte ausgesprochen worden sind. (Lebh. Widerspruch bei den Soz.) Da sind Sie nicht so feindsüchtig und haben Ihre Anschuldigungen nicht widerrufen, sondern erst bei der dritten Lesung. Jetzt auf einmal erklären Sie es für ein furchtbares Verbrechen, daß Oberst v. Reuter ja, es seien ihm Postkarten mit beleidigenden Aufsetzungen beigestellt. (Sehr gut! rechts; Unruhe bei den Soz.)

Rein hat die Erhöhung des Senatsausschusses voraus, weil die Bürgerchaft sich bereit erklärt habe, dem Verein die Kosten zur Bestreitung der Angestelltenversicherung zu erstatten. Die Anstellung eines fünften Hornisten sei notwendig. Den jetzigen Zuschuß bewillige man in Wirklichkeit nicht dem Verein der Musikfreunde, sondern dem Stadttheater, das statt 30 000 Mark eigentlich 40 000 Mark dem Verein zu bezahlen hätte. Das Theater beansprucht die jetzige Musikerzahl, soll es nicht an weiterem Besuchermangel leiden. Hilfsmusiker würden längst nicht das leisten, was ständige Musiker zu leisten imstande sind. Im Vergleich zu anderen Städten stellen sich unsere Musiker schlechter, dabei habe sich Dr. Richard Strauß z. B. über das Nürnberger Orchester sehr abfällig geäußert; in der ganzen zivilisierten Welt sei ihm nur in Venedig in Galtzien ein ähnliches begegnet. Unser Theater habe immer auf vollständige Besetzung gehalten. Die Gehälter der Musiker seien auch sehr verbesserungsbedürftig, denn durch Privatstunden könnten sich nur wenige das Einkommen erhöhen, Posaunenbläser und Pantomimenschlager gewiß nicht. Für das Konversationshaus müsse man doch auch gute Musiker halten, wolle man es nicht nach gewissen Musikern fallstellen. Die Rentner forderten ebenfalls gute Musik.

Paatsch stimmt gegen die Vorlage. Die Unterbilanz rufe auch von den billigen Konzerten her. Ein bloßer Phonograph komme dem einzelnen sogar teurer zu stehen als ein solches Musikereinkonzert.

Dr. Eschenburg sieht gerade in diesen billigen Konzerten einen Vorteil, der Unterstützung des Staates würdig. Der Antrag Mantau schade, denn tüchtige Musiker suchten sich keine Stellung aus, die nur ein Jahr dauere. Für 30 000 Mark könne ein Theaterdirektor ein gleichartiges Orchester nicht herstellen. Die künstlerische Höhe des Orchesters hänge auf, sobald die Musiker nur für das Theater spielten. Die Verstaatlichung werde eher eintreten als man glaube, wenn dem Verein der Musikfreunde immer Schwierigkeiten bereitet würden.

Behn erhebt um Annahme der Vorlage, um das Orchester nicht zu gefährden. Mit einem Hilfsorchester komme man nicht aus, er würde auch teurer kommen als ein festangestelltes. Die Freigabe der Wagneroper, die auch hier in vermehrtem Maße verlangt würden, erforderten die festgesetzte Musikerzahl. Der Zuschuß sei ferner nur unter der Bedingung bewilligt worden, daß die Preise für die vollstündlichen Konzerte niedrig gestellt werden.

Lowitz: Die Ausführungen, die für die Vorlage gemacht wurden, können mich nicht von meinem Standpunkt abbringen. Den von Herrn Paatsch vorgeschlagenen Weg zur Verminderung der Staatsleistungen kann ich allerdings nicht mitgehen; es wäre leibhaftig zu behauern, wenn die für die minderbemittelten Schichten geschaffenen vollstündlichen Konzerte verteuert würden. Das würde auch den Besuch dieser Konzerte erschweren. Herr Dr. Eschenburg glaubt, die künstlerische Qualität der Kapelle des Vereins der Musikfreunde rühre in erster Linie daher, weil sie Konzertorchester darstelle. Ist das wirklich wahr? (Zuruf: Jawohl!) Heute wird aber das Orchester 4 bis 5 mal in der Woche für Theaterzwecke gebraucht, ist also in erster Linie für diese vorhanden, ohne dadurch an Güte herabgesetzt zu werden. Die Güte des Orchesters wird sehr davon abhängen, daß der Leiter des Orchesters für Konzerte und der Theaterkapellmeister etwas taugen. Es wird so getan, als ob die heute abend geforderten Summen gering sind. Das ist nicht der Fall. Man ist auch nicht immer so freigebig wie hier. So wurde der anerkannt bewährte erste Kapellmeister des Stadttheaters gekündigt, weil er nach 5 Jahren eine Erhöhung des Gehalts um 25 Mk. monatlich forderte. Daß zwischen Theaterbehörde und dem Vorstand des Vereins der Musikfreunde keinerlei Differenzen entstanden sind, erklärt sich aus der Personalunion, die hier zum großen Teil besteht. Wenn Herr Direktor Fuchs mit allem zufrieden ist und nicht manchmal widerspricht, so ist damit noch nicht gesagt, daß er alles billigt. Der einzige Weg für die Ermäßigung der Staatsausgaben für die Musik ist eine Einschränkung des Orchesters. Daß dadurch der Theaterbesuch ungünstig beeinflusst wird, glaube ich nicht. Wer häufig das Theater besucht, wird sehen, daß viele Leute auch dann nicht hingehen, wenn große Opern mit vollem Orchester gespielt werden. Das gute Orchester soll Theaterpublikum anlocken. Daß sich ein Teil davon bestimmen läßt, gebe ich zu, im allgemeinen wird eine Wirkung auf den Theaterbesuch nicht eintreten, ob 52 Musiker oder weniger vorhanden sind. Es wurde ferner gesagt, bei einer Verstaatlichung würden die vollstündlichen und die Sinfoniekonzerte wegfallen. Warum denn? Andere Städte haben sie auch und es geht. Muß denn Lübeck als Rentnerstadt ein so großes Orchester besitzen, gehen denn so viele Rentner ins Theater? Wir tun alles für die Rentner und für deren Heranziehung. Aber sie kommen doch nicht und unterstützen nicht die kostspieligen Einrichtungen durch ihren Besuch. Einer Gehaltserhöhung der Musiker stehe ich durchaus sympatisch gegenüber, ohne mich für den Senatsantrag erwärmen zu können. Ich hätte noch gerne Auskunft über die zukünftige Personalunion zwischen dem ersten Kapellmeister und dem ersten Kapellmeister des Stadttheaters. Wenn wir auch nicht für die Vorlage stimmen, so glaube ich noch lange nicht daran, daß der Verein zu existieren aufhören wird. Es werden sich doch reiche Personen finden, die die Summen aufbringen würden und könnten. Warum geben die Herren denn jetzt die 11 000 Mk., doch wohl, um gute Musik zu haben, oder nur, weil sie das Bestimmungsrecht besitzen wollen? Vertagen Sie die Zustimmung, und Lübeck wird trotzdem ein erstklassiges Orchester erhalten bleiben.

Mantau sieht von den gemachten Bedenken nicht ab, irgendwo müsse doch einmal ein Schult gemacht werden. Die Prüfung, ob staatliche Übernahme eintreten soll, sei nicht zu umgehen.

Behn spricht dem Vorredner die genaue Kenntnis der Musikfragen ab. Es gebe eine ganze Reihe Musiker, die nicht im Theater spielten, weil es nicht auf der Höhe der Konzertmusik stehe. Der Theaterdirektor habe den Vertrag mit dem Kapellmeister Pfeiffer nicht mehr erneuert, damit habe der Verein der Musikfreunde nichts zu tun.

Ziele: Durch den Vortrag des Herrn Behn bin ich darin bestärkt worden, gegen die Senatsvorlage zu stimmen. Es handelt sich in der Tat um eine Schraube ohne Ende. Die Erhöhung des Preises für die vollstündlichen Konzerte ist nicht angebracht.

Der Antrag Mantau, den Vertrag auf ein Jahr abzuschließen, wird abgelehnt.

Dr. Kähler zieht in der Einzelberatung Anstimmigkeiten an, die nicht über, aber auch nicht unterzählt werden dürften. Der Theaterbehörde müsse eine gewisse Disziplin-gewalt über die Musiker während der Tätigkeit im Stadttheater eingeräumt werden.

Senator Dr. Lienau rät hiervon ab. Die Verhältnisse mit dem Autortheater in Travemünde dürften hier nicht verglichen werden.

Behn ist derselben Ansicht. In den letzten drei Jahren sei gegen keinen einzigen Musiker eine Strafe ausgesprochen worden.

Dr. Wittern wünscht Aufklärung über die angeordneten Anstimmigkeiten, andernfalls könne er nicht für den Antrag stimmen.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen. Schluß 11 Uhr.

Nach (A.): Der Postetat ist mit erfreulicher Vorfreude aufgestellt worden; gegen Mißbräuche beim postlagernden Verkehr sollte streng eingeschritten werden, an junge Mädchen unter 18 Jahren sollten postlagernde Sendungen überhaupt nicht ausgehändigt werden. Erfreulich ist die Entwicklung der Funkentelegraphie. Geschäftspapiere nach dem fernem Osten sollen mit größter Leichtigkeit expediert werden.

Staatssekretär Kräfte: Ich kann Ihnen die freudige Nachricht mitteilen, daß China dem Westpostverein beitrifft. Den Brieftelegraphenverkehr wollen wir ausdehnen, er soll in Zukunft schon um 5 Uhr beginnen. Den Poststrafenfallen sind erfreulicherweise bereits 82 000 Unterbeamte mit 209 000 Angehörigen angegliedert.

Ge d - Heidegger (M.): Das erfreuliche Bild der Postverwaltung ist ein Spiegelbild unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse. Einzelne Wünsche allerdings hatten immer noch der Erfüllung, so eine Vereinfachung des Disports. — Das Recht der Beamten, Petitionen einzureichen, müssen wir aufrechterhalten. Freilich sollen die Beamten sich vorher an ihre vorgesetzte Behörde wenden.

Dr. Dertel (A.): Der Etat gibt uns zur Kritik keine Veranlassung, wir werden nur beantragen, die Ostmarkenzuglage wiederherzustellen. Das platte Land ist gegenüber den Großstädten sehr vernachlässigt, mindestens zweimal sollte jeder kleine Landort Briefbestellung haben. Bei der Verwendung weiblicher Kräfte sollte es nicht dazu kommen, daß Frauen Vorgesetzte von Männern werden. Im Hause erkennen wir sie als Vorgesetzte gern an, aber nicht im Dienste. (Hst.) In Zubern sind Verletzungen von Postbeamten vorgekommen, der Staatssekretär konnte daher gar nicht anders handeln, als sie zu untersuchen und zu bestrafen.

Staatssekretär Kräfte: Das flache Land kann natürlich nicht alle postfälligen Einrichtungen der Großstadt besitzen, doch sind wir ständig bemüht, Besserung auch auf dem Lande zu schaffen. — Weibliche Beamte beschäftigen wir in geringerem Maß wie andere Länder; daß dabei die weiblichen Beamten zu Vorgesetzten von Männern werden, liegt in der Natur der Sache, und ist keineswegs so bedenklich, wie der Vortredner meint.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen; nachher Reichstagskollektat).

Schluß: 6 1/2 Uhr.

Stettiner Streikjustiz.

Die Bluttat des Streikbrechers Brandenburg in Frauendorf bei Stettin hat eine Reihe von Strafprozessen zur Folge gehabt. Am Freitag und Sonnabend standen, wie schon kurz berichtet, wieder zehn Angeklagte vor der 1. Strafkammer des Stettiner Landgerichts. Sie wurden beschuldigt, an dem Krawall aktiv beteiligt gewesen zu sein. Das Gericht hatte einen umfangreichen Zeugenapparat aufgebildet; über 60 Zeugen waren geladen. Die Angeklagten bestritten, an den Ereignissen teilgenommen zu haben. Zum Teil sind sie nur durch Zufall an die Stelle gekommen, wo sich die Krawalle abspielten und lediglich aus Neugierde stehen geblieben, zum Teil haben sie sich des erpöckelten Arbeiters Kühl angenommen, oder auch von dem Hause ihrer Wohnungen aus die Vorgänge mitangelesen. Die Zeugenvernehmung des ersten Tages ergibt im wesentlichen nichts, was die Angeklagten belasten könnte. Am wenigsten können die Beamten, die vor Beginn der Krawalle am Tatorte gewesen sind, Er schwereres auszusagen. Zeuge Schmöder erkennt nur den Angeklagten Jahnke wieder, der der Beschäftigte der Streikenden bei der Firma Weiß in Frauendorf war. Jahnke habe sich bemüht, die Menschen zu beschwichtigen. Letzteres wird von anderen Zeugen bestätigt, insbesondere von dem Polizeikommissar Krause und dem Wächmeister Jahnke, der weiter zugeibt, gelangt zu haben, Jahnke habe keine Schuldigkeit getan und den Substanz der Gendarm Schewe hatte ihn (Jahnke) unschuldig erhalten. Zeuge Wächmeister Labowitz will die beiden Angeklagten Kandel und Bürgel als Teilnehmer an den Ereignissen wiedererkennen, vermag aber etwas Bestimmtes über eine aktive Teilnahme nicht zu sagen. Polizeiwächmeister Freudel kam erst an den Tatort, als das Tor der Weißschen Fabrik bereits eingedrückt war. Er will die Angeklagten Kugel, Landow und Jant in der Menge gesehen haben. Die Aussagen des Gendarm Schewe rufen allseitige Verwunderung hervor. Er will gerade hinzugekommen sein, als das Tor bereits eingedrückt war. In dem Moment habe Wächmeister Schmecker kommandiert: „Die Revolver raus!“ Der Verbandsleiter Thieme sei darauf auf ihn losgeschürzt und habe gerufen: „Stehen Sie die Waffen weg, Sie stehen das Volk damit nur auf. Ich werde die Leute schon beruhigen.“ Thieme habe dann auch so getan, als ob er beschwichtigende. Seiner Meinung nach sei es Thiemes nicht ernst damit gewesen. So lange Th. dort gewesen sei, sei die Menge nicht vom Plage gewichen. Der Streikleiter Jahnke habe es übrigens genau so gemacht. Auf ausdrückliches Befragen mußte der Zeuge zugeben, daß er wirkliche Unterlagen für sein Identifizierungsmat habe. Dieser Aussage steht die des Wächmeisters Jahnke gegenüber, der behauptet, daß auf seine Witten Thieme und Jahnke die Menge beruhigen halfen. Wächmeister Krüger hat nur den allgemeinen Tumult gesehen, aber gehört, daß Thieme sagte, als wieder ein Feuer eingeworfen wurde: „Das ist doch Unfug, was da gemacht wird.“ Die übrigen Beamten machen belanglose Angaben. Der Zeuge des Stettiner Schwurgerichts im Prozeß gegen den Mörder Brandenburg und gegen die Arbeiter Kugel und Kujnsitz, der Arbeitswillige Prellentien, ist diesmal sehr zurückhaltend. Er habe den Angeklagten Kugel (Vater des früher verurteilten Kugel) in der Menge gesehen. Die Angeklagte Frau Prechel soll zu Kindern gesagt haben, auf dem Hofe liegen Steine, die sollten sie nur holen. Die Angeklagte selbst bestritt dies. Von den hierüber vernommenen Zeugen macht nur der Wächmeister Heiden belastende Aussagen. Der Arbeitswillige Siewers hat den Angeklagten Schumann mit einem Revolver in der Hand mit drei anderen Arbeitern in die Fabrik kommen sehen. Festgestellt wird, daß Schumann allein in die Fabrik eingelassen wurde. Die Beamten haben von einem Revolver nichts bemerkt. Den Angeklagten Jahnke habe er zwar nicht gesehen, aber doch den ganzen Abend über keine Stimme vernommen. Neue Kronzeugen erhält der Staatsanwalt in den Meitenschen Eheleuten. Beide arbeiten als Streikbrecher in der Fabrik. Der Mann will aus dem Speiseaal der Fabrik heraus beobachtet haben, daß Kugel Jahnkescheiben eingeworfen und Schumann mit dem Revolver geschossen habe. Auch habe er die angeklagten Eheleute Prechel und den Angeklagten Rathke vor dem Tor gesehen. Staatsanwalt und Verteidiger stellen fest, daß der Zeuge weder in der Vorunternehmung, noch vor dem Schwurgericht solche Angaben gemacht hat. Der Zeuge erklärt das damit, er wolle nicht in die ganze Angelegenheit verwickelt werden. Frau Meitens hat den Angeklagten Jant angezeigt in der Menge gesehen. Die Eheleute Prechel seien ebenfalls unter der Menge gewesen. Die Frau des Angeklagten Kugel und die Eheleute Barth jagen aus, daß Kugel bis 8 Uhr im Hause war und dann fortgegangen sei. Er sei in der Menge gesehen, als noch keine Gewalttaten geschehen waren. Andere Zeugen haben Kugel gesehen, als er das Krankenhaus verlassen sei, wohin er die Leiche seines Schwagers Kühl gebracht habe. Ein Zeuge hat den Angeklagten Rathke (gleichfalls ein Schwager Kühl) gesehen, als er mit den Söhnen

des ermordeten Kühl gekommen sei. Rathke war bis nach 9 Uhr in seiner Wohnung, bis der Landrat Dr. Peters kam und die Verwandten Kühl zu sprechen wünschte. Eine Reihe von Zeugen bekräftigt nichts Wesentliches. Andere haben gesehen, daß die Eheleute Prechel ruhig vor dem Hause gestanden haben. Zeuge Freimann war ständig in der Nähe Jahnkes und weiß, daß dieser die Menge beruhigt habe. Das gleiche bezeugen die Zeugen Marxam und Thieme. Die Menge war zu empört.

Die weitere Beweisaufnahme ergab nichts Bemerkenswertes. Der Staatsanwalt hielt sämtliche Angeklagte für schuldig; die Entlastungsbeweise der Zeugen hätten vollkommen verfaßt, weil es sich hierbei meistens um Verwandte handelt, die noch dazu die Vorgänge nur zum Teil beobachtet hätten. Der Staatsanwalt beruft sich vor allem auf den Zeugen Arbeitswilligen Meitens, der gesehen habe, daß u. a. auch Kugel mit einem Stein geworfen habe. Er beantragte insgesamt 4 Jahre 11 Monate Gefängnis, davon gegen den Streikleiter Jahnke, der nur beschwichtigend gewirkt hat, sechs Monate Gefängnis.

Es wurden verurteilt: Der Angeklagte Schumann zu sechs Monaten Gefängnis, weil er mit einem Revolver geschossen haben sollte, die Angeklagten Kugel, Landow, Jant und Bürgel zu je fünf Monaten, der Angeklagte Kandel zu vier Monaten, Frau Prechel zu drei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Rathke, Jahnke und der Chemann Prechel werden freigesprochen.

Bei Verkündung des Strafmaßes brechen eine Anzahl der bisher völlig unbefangenen Angeklagten in Tränen aus. In der Urteilsbegründung wurde anerkannt, daß der Streikleiter Jahnke und der Gewerkschaftsbeamte Thieme in anerkennenswerter Weise bestrebt waren, die erregte Menge zu beruhigen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Antwort der Zechenherren auf die Beschwerden der Bergarbeiter. Im November vorigen Jahres machte sich für die Bergarbeiter des Ruhrreviers mit einem Schläge eine Konjunkturverschlechterung bemerkbar. Von allen Seiten kamen Meldungen über Lohnkürzungen und Feiertagslöhnen. Als auf verschiedenen Werken sogar Kündigungen in größerem Umfange erfolgten, richtete der Vorstand des Bergarbeiterverbandes an den Zechenverband eine Eingabe. In ihr wurde Protest erhoben gegen die Maßnahmen der Werksverwaltungen und vom Zechenverbande verlangt, daß er im Interesse des Gemeinwohls auf seine Mitglieder einwirke, von Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen Abstand zu nehmen. Ganz nutzlos ist die Eingabe des Bergarbeiterverbandes nicht gewesen. Denn obwohl die Förderung im Ruhrrevier in den letzten Monaten stark zurückging, haben sich die Werksverwaltungen doch geäußert, die Lohnkürzungen auf die Spitze zu treiben. Auch die Kündigungen von Arbeitern griffen nicht weiter um sich. Offenbar haben sich die Werksbesitzer bemüht, den Wünschen des Verbandes nachzukommen; sie haben durch die Einlegung von Feiertagslöhnen Kündigungen vermieden. Das fällt umso schwerer ins Gewicht, als die Förderung in der Zeit vom 1. Dezember 1913 bis zum 15. Februar 1914 um 1 412 000 Tonnen niedriger, die Belegschaft dagegen um etwa 15 000 Mann größer war, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die große Zahl der Feiertagslöhne drückt natürlich die monatlichen Löhne und die Lebenshaltung der Bergarbeiter stark herab. Doch ist das immer noch leichter zu ertragen, als man — wie es im November den Anschein hatte — die Werke Arbeiter entlassen und die übrigen Leute unter stark verkürzten Löhnen hätten Heberdächigen machen lassen. Ist demnach der Erfolg der Eingabe des Bergarbeiterverbandes ohne weiteres zu erkennen, so mußte man doch gespannt sein auf die Antwort des Zechenverbandes. Diese Unternehmerorganisation steht im Rufes ärgster Gegnerschaft zu den Organisationen der Arbeiter, sie ist ein Schmarhacherverband par excellence. Die Antwort ist erfolgt, sie ging dem Bergarbeiterverbande vor kurzem zu. Der Zechenverband ist in ihr seinem Rufe treu geblieben. Er hilft sich damit, daß er die wohlgegründeten Beschwerden des Bergarbeiterverbandes als unberechtigt hinstellt und die drohenden Krisenzustände als harmlos bezeichnet. So bestreitet er, daß die Werke größere Arbeiterentlassungen beabsichtigt hätten; vielmehr wäre seit Jahren eine ständige Erhöhung der Belegschaftsziffer erfolgt. Den Nachweis der Eingabe, daß die Arbeitslöhne mehrfach schon dann gekürzt würden, wenn die Preise noch steigen, sucht der Zechenverband dadurch zu entkräften, daß bei aufsteigender Konjunktur umgekehrt die Löhne schon steigen, wenn die Preise noch niedrig seien. Bestritten wird ferner, daß die Preise für Lebensmittel stärker gestiegen sind als die Löhne, und die Tatsache, daß der Anteil des Unternehmergewinnens an Werte der Förderung ständig wächst, während der Lohnanteil des Arbeiters fällt. Den Bergarbeitern kommt es gar nicht darauf an, ob der Zechenverband die gemischten Tatsachen ihrer Beschwerde anerkennt oder ablehnt. Ihnen dünkt es die Hauptsache, daß ihre Beschwerden behoben werden. Und das ist zum Teil geschehen, wie eingangs dargelegt ist, mag es der Vorstand des Zechenverbandes zugeben oder nicht. Er ist vorläufig der Preisfestsetzer der deutschen Schmarhacher, wenn er auch unter dem Druck der Verhältnisse etwas häßlicher und vorsichtiger geworden ist.

Städtische Arbeiterauswahl in Zittau. In Zittau fanden zum erstenmal die Wahlen zu einem von der Stadtverwaltung eingesetzten Arbeiterauswahl statt. Dabei siegte die Liste der Kandidaten des Staats- und Gemeinbedarbeitsverbandes trotz einer von den Gegnern und Unorganisierten aufgestellten Liste. Der rühmlichst bekannte Oberbürgermeister Dr. Kühn in Zittau wird daran wenig Gefallen finden.

Internationales. Ein neuer Eisenbahnerstreik in Portugal. Erst vor einigen Wochen hat die portugiesische Regierung einen allgemeinen Aufstand der Eisenbahner durch Massenverhaftungen und Repressalien unterdrückt. Die Verhafteten sind inzwischen meist wieder in Freiheit gesetzt worden. Sonst aber setzt die Regierung ihre Besserungsversuche an den Eisenbahner fort. Ihren neuen Beardnungen sind von dem Sinne befehle, den Eisenbahner ihre Koalitions- und Streikrecht ganz zu nehmen. Dazu wurden jetzt wieder 40 Eisenbahner gemahregelt. Und dieser letzte Willkürakt der Regierung hat die Eisenbahner wieder zum Streik getrieben, zumal die versprochenen Lohnerhöhungen nur jenen Arbeitern bewilligt wurden, die am letzten Streik nichtteilnahmen. Inzwischen verbreitet die offizielle Presse alarmierende Nachrichten über Sabotageakte und Dynamitalienate der Eisenbahner gegen Züge, Tunnels und Bahnhöfe; doch sind solche Nachrichten nur sehr vorsichtig aufzunehmen. Der Eisenbahnverkehr in Portugal, besonders mit dem Auslande, ist völlig lahmgelegt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Priester als Sittlichkeitsverbrecher. Der katholische Pfarrer Belacchi ist von dem Gericht von Ferrara wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt worden. Der Geistliche hatte die strafbare Lat an einem öffentlichen Ort vorgenommen, weshalb der Prozeß nicht durch Privatklage, sondern von Amts wegen erwidert wurde.

Die schwere Explosionskatastrophe in Rummelsburg hat noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Der Arbeiter Böttke, der aus dem Rummelsburger Krankenhaus nach einer Privatkur überführt worden war, ist in der Nacht zum 1. März seinen schweren Verletzungen erlegen.

Im Armenhaus verbrannt. In Gensbude bei Danzig ist in der Nacht zum 2. März das Armenhaus niedergebrannt. Drei 80jährige Frauen und ein zehnjähriger Knabe sind verbrannt.

Einsparungen von der schrecklichen Militärtragedie in Neisse, über welche die Militärbehörde strengstes Stillschweigen beobachtet, sichern langsam durch. Nach der Dresd. Zig. ging General Bröck die beiden Burschen mit der Heilweisschrecken, während eine Kammerzofe die schlaftrunkenen Soldaten mit einem Kübel kalten Wassers übergießen mußte. Erst nach diesem Exzeß schlugen die Burschen den General nieder. Sie hatten erst am Tage zuvor die Zimmer der Generalswohnung aufräumen müssen, nachdem abends 1 Uhr eine Gesellschaft beendet war. Die bürgerliche Presse schiebt die Schuld an dem Exzeß auf die — Kammerzofe (!); ihren Angehörigen und den Klagen seiner jungen Frau über die Burschen habe der General geglaubt.

Auch ein Protest. Daß Gläubige aus der Kirche austreten wollen, weil ihnen nicht genügend Gelegenheit zur Betätigung ihrer Frömmigkeit geboten wird, das kommt im Oberwald heutigen Tages noch vor. Auf dem sogenannten Winterhau in der Nähe des Ragenduckels ist es unter der evangelischen Bevölkerung zu einem eigenartigen kirchlichen Streit gekommen. Das Kirchspiel Strämpfelbrunn gehört zu den bei der Kirchenteilung im früheren Kurfürstentum Pfalz ausgefallenen Gemeinden, weshalb es keine Ansprüche auf finanzielle Unterstützung von seiten des Kirchenfonds erheben kann und für den Kirchenbau sowie die Erhaltung der Kirche selber sorgen muß. Zum Kirchspiel Strämpfelbrunn gehört der Füllort Weißbach, der etwa 7 Kilometer entfernt liegt und keine eigene Kirche besitzt, so daß die Kirchenbesucher auf rauher Höhe weite Wege zurücklegen müssen, wenn sie am Gottesdienst teilnehmen wollen. Seit längerer Zeit forderten deshalb die Evangelischen in Weißbach eine eigene Kirche. Im vorigen Jahre hatte nun der evangelische Oberkirchenrat in Karlsruhe einen Zuschuß von über 100 000 Mk. für einen Kirchen- und Pfarrhausneubau in Strämpfelbrunn bewilligt. Um bei dieser Gelegenheit ein eigenes Kirchlein zu bekommen, wandte sich die 314 evangelische Einwohner zählende Gemeinde Weißbach mehrmals an den Oberkirchenrat mit der Bitte, ihre eine angemessene Summe zur Ausfüllung ihres Blanes zu bewilligen. Da der Oberkirchenrat auf die Petition eine ausweichende Antwort erteilte und zwei weitere Wutgesuche nicht beantwortete, haben jetzt von den 314 evangelischen Einwohnern 310 dem Oberkirchenrat ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche angezeigt. Ob sie ihn ausführen werden, steht noch dahin.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In Werden a. d. Ruhr ereignete sich in der deutsch-holländischen Kapotfabrik von Thomas und Voßkamp eine schwere Explosion. 4 Personen wurden schwer und 2 leicht verletzt. Das Fabrikgebäude ist niedergebrannt.

Beim Militär wahnfinnig geworden. In der Kaserne des Infanterieregiments Nr. 99 in Wien feuerte ein wahnfinnig gewordenen Infanterist acht Schüsse in den Kasernenhof ab, glücklicherweise ohne jemand zu treffen, da der Kasernenhof ganz leer war. Der Soldat wurde zur Beobachtung seines Geisteszustand in das Garnisonhospital gebracht.

Gefängnisrevolte. In Windau erschlugen vier Zwangsstraflinge des Gefängnisses dessen Aufseher, verwundeten einen zweiten schwer, entrieffen ihm Gewehr und Revolver und entflohen längs der Weichsel.

Schwere Erkrankung infolge Vergiftung. In dem Bahnhof Kuttler in Hohenalza wurden 7 russische Pändler schwer erkrankt, zum Teil bewußtlos aufgefunden. Man nimmt Vergiftung durch Gas und vermutlich auch durch verdorbene Nahrungsmittel an. Zwei der Erkrankten sind bereits gestorben. — In Klempenau bei Köslin erkrankte die Familie des Besitzers Mönchow nach dem Abendessen unter Verfallungserscheinungen. Die Frau ist bereits gestorben. Der Mann und 5 Kinder schweben in Lebensgefahr.

Eine Militärbefreiungsaffäre ist in Osmütz (Mähren) aufgedeckt worden. Vier Unteroffiziere und ein Regimentsarzt, die Rekruten mit Hilfe falscher Zeugnisse für 500 bis 1000 Kronen vom Militärdienst befreiten sind in das Garnisonsgericht eingeliefert worden.

Ein jarchbares Familiendrama spielte sich am Sonntag in dem Pariser Vororte Borey ab. Die dort wohnende Rentnerin Maurice, die lebensgefährlich erkrankt war, rief ihren Sohn und ihren Bruder an ihr Krankenlager, um beide, die in Unfrieden lebten, zu versöhnen. Anstatt auf die Bitte der Mutter zu hören, erhob der Sohn gegen seinen Oheim die heftigsten Vorwürfe und gab, als dieser ihn beschwichtigen wollte, vier Revolverschüsse auf ihn ab. Der Betroffene wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

Zwei Brüder im Flugzug tödlich verunglückt. Auf dem Flugplatz Amberien sind gestern zwei russische Piloter, zwei Brüder tödlich verunglückt. Wie aus Lyon berichtet wird, unternahmen gestern die beiden Russen Gabriel und Peter Wrombletski auf einem gepanzeren Eindecker, den sie konstruiert hatten, einen Aufstieg auf dem Flugplatz Amberien. In einer Höhe von 500 Metern stürzte der Apparat ab und fiel in einen dreißig Meter tiefen Steinbruch. Gabriel Wrombletski war sofort tot, sein Bruder erlag im Hospital den erlittenen Verletzungen.

Furchbare Schneestürme durchtobten in den letzten Tagen Nordamerika. Dieselben nahmen einen Umfang an, wie man ihn seit 25 Jahren noch nicht wieder erlebt hat. Die Windgeschwindigkeit beträgt zeitweise 135 Kilometer in der Stunde und die Schneedecke in Newport, New Jersey und Pennsylvania ist 20 bis 28 cm stark. Bisher sind acht Menschen umgekommen. Man plant, den Armen Obdach in den Kirchen zu geben. Der Bahnverkehr nach Westen und Süden ist gestört.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübeck-Postboten“ in den Kreisen des weitläufigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wo auf Erfolg rechnet, man

Insertate